

# E+Z

ENTWICKLUNG UND  
ZUSAMMENARBEIT

E+Z

DEVELOPMENT AND  
COOPERATION

D+C

Internationale  
Zeitschrift

ISSN  
2366-7249

DIGITALE MONATSAUSGABE

2023 12

**LANDWIRTSCHAFT**  
Malawi sollte  
mehr Agrarprodukte  
verarbeiten

**LEBEN MIT BEHINDERUNG**  
Bemühungen um bessere  
Gesundheitsversorgung und  
Inklusion in Kolumbien

**WELTBANK**  
Weshalb die Reformagenda  
von Präsident Ajay Banga  
wichtig ist



# Demokratie in Gefahr

## Editorial

- 3 **HANS DEMBOWSKI**  
Gewaltenteilung ist Wesensmerkmal der Demokratie

## Magazin

- 4 **RABSON KONDOWE**  
Mehr Lebensmittelverarbeitung täte Malawi gut
- 6 **SATU SANTALA**  
IFAD fördert benachteiligte ländliche Gemeinschaften
- 8 **SARAH GRÜNEWALD**  
Was Menschen mit Behinderungen in Kolumbien das Leben erleichtern kann
- 10 **DERRICK SILIMINA / IMPRESSUM**  
Heutzutage: Vorzeitige Rentenauszahlungen in Sambia

## Debatte

- 11 **LUIZ RAMALHO**  
Brasilien tritt schwierige G20-Präsidentschaft an
- 12 **LENA ROHRBACH**  
Hassbotschaften in Social Media sind lebensgefährlich
- 13 **JÖRG DÖBEREINER**  
Ajay Bangas Weltbank-Reform ist überfällig

## Schwerpunkt: Demokratie in Gefahr

- 16 **INTERVIEW MIT MOSES LUBABALI**  
Wie sich Dezentralisierung in Kenia als sinnvoll erweist
- 18 **BERNHARD AMLER UND CHRISTOPH KOWALEWSKI**  
Korruption muss international bekämpft werden
- 20 **INTERVIEW MIT VLADIMIR ANTWI-DANSO**  
Wichtige Aspekte der westafrikanischen Militärputsche
- 22 **CLAIRE DAVIS**  
In den USA ist die Demokratie weiterhin bedroht
- 24 **ANDRÉ DE MELLO E SOUZA**  
Brasilien hat Bolsonaro nach dem Sturm auf die Hauptstadt schnell von öffentlichen Ämtern ausgeschlossen
- 26 **INTERVIEW MIT SUSAN NEIMAN**  
Netanjahus Politik ist gescheitert
- 29 **MARVA KHAN**  
Pakistan wählt im Schatten eskalierender Krisen
- 31 **INTERVIEW MIT AHILAN KADIRGAMAR**  
Seit Staatspleite wachsen in Sri Lanka Armut und Repression
- 33 **ISAH SHAFIQ**  
Fachleute debattieren, inwiefern chinesische Unterstützung in Entwicklungsländern die Demokratie untergräbt

### SCHWERPUNKT

## Demokratie in Gefahr

In vielen Ländern – nicht nur den USA – ist die Demokratie derzeit bedroht. Autoritäre Persönlichkeiten erheben Führungsansprüche, interessieren sich dabei aber kaum für Verfassungsparagrafen. Sie stellen die Gewaltenteilung infrage oder hebeln sie sogar erfolgreich aus. Dass sie den Willen des Wahlvolks unwichtig finden, ist schlimm. Dass sie versuchen, alle Entscheidungsgewalt an sich zu ziehen, macht es noch schlimmer. Die institutionalisierte Trennung der Staatsgewalten sichert nämlich Freiheit auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen. Entwicklungschancen und wirtschaftlicher Wohlstand werden beeinträchtigt, wenn Potentaten unkontrolliert ihren Eigeninteressen freien Lauf lassen.

**Titelseite:** Sturm auf das Kapitol in Washington Anfang 2021.  
**Foto:** picture-alliance/ZUMAPRESS.com/Carol Guzy





Unser Schwerpunkt zum Thema Demokratie in Gefahr beginnt auf Seite 15. Er hat direkten Bezug zum 16. UN-Ziel für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goal – SDG): Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen.

## Außer Kontrolle

Demokratieförderung stand in den 20 Jahren meiner Redaktionsleitung von E+Z/D+C stets weit oben auf der Agenda. Aufeinanderfolgende Bundesregierungen vertrauten auf Volksherrschaft, Rechtsstaatlichkeit und Global Governance auf der Basis von – möglichst demokratischen – Nationalstaaten. Das Schlagwort hat sich aber gewandelt, und heute ist mehr von Demokratieverteidigung als von -förderung die Rede.

Tatsächlich ist Verteidigung nötig – und zwar selbst in reichen westlichen Ländern, wo die Wurzeln der Demokratie eigentlich als stark gelten. Autoritärer Rechtspopulismus wächst. Seine Spitzenleute beanspruchen, direkt und exklusiv „das Volk“ zu vertreten. Sie tun so, als sei das eine homogene, sie unterstützende Gruppe. Allen, die das nicht tun, werfen sie Verrat, elitäre Haltung, Korruption, Naivität und dergleichen vor.

Donald Trump ist das prominenteste Beispiel. Leider gibt es zu viele andere, um sie in einem kurzen Text wie diesem aufzuzählen. Sobald Leute von diesem Schlag an die Macht kommen, beginnen sie, die institutionelle Ordnung so zu ändern, dass ihr Machterhalt wahrscheinlicher wird. Sie ver-

**„Damit Wahlen fair bleiben und regelmäßig stattfinden, ist eine stimmige Verfassung nötig, welche die Rolle der Staatsgewalten trennt und klar definiert. Andernfalls haben es Regierungen zu leicht, Regeln so zu beugen, dass sie dauerhaft im Amt bleiben können.“**

lieren zwar trotzdem manchmal noch Wahlen, aber wichtige Institutionen sind dann beschädigt.

In den USA gab es 2020 keine Belege für Wahlbetrug. Dennoch glaubt ein Großteil von Trumps Anhängerschaft daran. Zum Glück hat die Justiz sich auf diese große Lüge nicht eingelassen, obwohl Trump viele Richter neu berief. Leider fällt die seinetwegen nun solide rechte Mehrheit am Supreme Court dennoch immer wieder Urteile – zum Beispiel zur Abtreibung –, die keine Mehrheiten im Volk finden würden.

Demokratie bedeutet mehr, als dass Spitzenpolitiker\*innen gewählt werden. Damit Wahlen fair bleiben und regelmäßig stattfinden, ist eine stimmige Verfassung nötig, welche die Rolle der Staatsgewalten trennt und klar definiert. Andernfalls haben es Regierungen zu leicht, Regeln so zu beugen, dass sie dauerhaft im Amt bleiben können. Zentral ist die Unabhängigkeit der Justiz. Ohne sie werden Wahlen irgendwann zur Farce. Auch deshalb ist es ein Problem, dass das Ansehen des US Supreme Courts in der Bevölkerung rapide schwindet.

Gewaltenteilung ist unerlässlich. Typischerweise unterscheiden Verfassungen Exekutive, Legislative und Judikative. Obendrein bestimmen sie die Zuständigkeiten nationaler und subnationaler Institutionen. Derlei macht Machtmissbrauch nicht völlig unmöglich, aber jedenfalls schwerer.

Gewaltenteilung ist zudem die Basis für das, was Soziologen funktionale Differenzierung nennen: Soziale Systeme – wie etwa Märkte, wissenschaftliche Forschung, Zivilgesellschaft, Technikentwicklung und Mediendiskurs – folgen ihrer Eigenlogik und sind nicht dem Willen der Staatsspitze unterworfen. Das macht sie dynamischer. Die Aufgabe des politischen Systems ist dann, mit stimmigen und transparenten Regulierungen dafür zu sorgen, dass das Gesamtsystem erhalten bleibt und Einzelsysteme nicht andere untergraben.

So sollte beispielsweise nicht zugelassen werden, dass Wirtschaftswachstum die Lebensgrundlagen zerstört. Viele Demokratien haben großen umweltpolitischen Nachholbedarf – aber wenn Trump-artige Leute Entscheidungen fällen, machen sie ökologischen Fortschritt gern wieder rückgängig.

Eine wohlkonzipierte demokratische Ordnung sichert auf vielen Ebenen Freiheiten, erlaubt aber Menschen mit viel Macht oder großen Vermögen nicht, einfach zu tun, was sie wollen. Das Gemeinwohl hängt von solch einer Verfassung ab. Die Geschichte zeigt, dass Diktaturen ihm selten dienen, sondern den Partikularinteressen der Machthabenden unkontrollierten Lauf lassen.



**HANS DEMBOWSKI**  
ist Chefredakteur von E+Z/  
D+C.

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)



Kuhmilch vor Ort weiterzuverarbeiten, kann Jobs schaffen.

ARBEITSMARKT

## Mehr Agrarprodukte verarbeiten

**Die lebensmittelverarbeitende Industrie des Landes hat großes Potenzial, kann aber nicht mit der Nachfrage Schritt halten. Genossenschaften können Teil der Lösung sein, wie das Beispiel der ältesten Molkereigenossenschaft Malawis zeigt.**

**Von Rabson Kondowe**

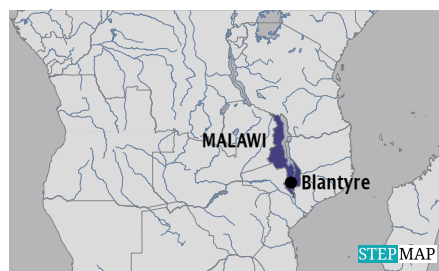
Die Wirtschaft Malawis hängt von der Landwirtschaft ab, in der nach Angaben der Weltbank 80 Prozent der Bevölkerung beschäftigt sind. Weil die Produktivität niedrig bleibt, kann der Lebensmittelsektor die steigende Nachfrage nicht decken. Importe schließen die Lücke.

Trotz des bedeutenden Agrarsektors arbeiten weniger als zwei Prozent der Bevölkerung Malawis in der lebensmittelverarbeitenden Industrie. Es gibt nur wenige Unternehmen, und diese leiden unter begrenzten technischen und unternehmerischen Kapazitäten, mangelnder Finanzierung und schlechten Verbindungen zu Landwirten und zum Verbrauchermarkt. Die Branche besteht größtenteils aus kleinen und mittleren Unternehmen, darunter auch Genossenschaften, die besondere Aufmerksamkeit verdienen.

Eine Genossenschaft ist ein Unternehmen, das den Mitgliedern gemeinsam gehört

und von ihnen demokratisch kontrolliert wird. Die Mitglieder tragen gemeinsam Verantwortung und alle haben ein Mitspracherecht bei der Führung des Unternehmens. Gewinne werden fair verteilt. Genossenschaften sind in allen Wirtschaftszweigen Malawis zu finden, die meisten im Agrarsektor (70 Prozent). Es folgt der Finanzsektor mit zehn Prozent. Weitere Branchen sind Imkerei, Möbelindustrie, Bergbau und Dienstleistungen wie Reinigungsdienste.

Genossenschaften spielen eine wichtige Rolle dabei, Arbeitsplätze in Malawi zu schaffen. Und sie könnten künftig noch wichtiger werden, auch für die lebensmittelverarbeitende Industrie. Ein Beispiel ist die Bvumbwe Dairy Farmers Cooperative Society (BDFCS), Malawis älteste Molkereigenossenschaft. Sie begann 1998 mit zehn Mitgliedern, die von der Regierung je zwei Kühe



erhielten. Im Laufe der Jahre wuchs sie auf 1500 Mitglieder an. Nach der Abwanderung der meisten Mitglieder zählt sie heute noch 71 Landwirt\*innen mit 160 Kühen. Die BDFCS beschäftigt sowohl ihre Mitglieder als auch sieben zusätzliche Mitarbeiter\*innen für den täglichen Betrieb.

Eine davon ist die 25-jährige Lucia Mwale. Sie arbeitet in der BDFCS-Fabrik im Bvumbwe Trading Center im ländlichen Bezirk Thyolo, etwa 30 Kilometer südlich von Blantyre, der zweitgrößten Stadt Malawis. Mwale bedient eine Maschine zur Verarbeitung von Milch. In der weiteren Wertschöpfung entstehen etwa Joghurt und Chambiko, ein lokales Sauermilchprodukt.

Mwale, eine alleinerziehende Mutter, die früher arbeitslos war, fand durch ihre Tätigkeit bei der BDFCS eine neue Perspektive. „Als ich meinen ersten Job als Ladenbesitzerin aufgab, war ich vier Jahre lang arbeitslos“, sagt sie. „Jetzt kann ich für mich und mein Kind sorgen.“

Die etabliertesten Betriebe zur Verarbeitung von Lebensmitteln sitzen in den drei größten Städten Malawis: Blantyre, Lilongwe und Mzuzu. Ländliche Genossenschaften wie die BDFCS bieten aber gerade dort Chancen, wo die Beschäftigungsaussichten besonders schlecht sind. „Unsere Genossenschaft und viele andere können hier, wo Arbeitslosigkeit eine große Rolle spielt, wirklich etwas verändern“, sagt BDFCS-Sprecher Charles Jota. „Unser Ziel ist es, eines Tages unseren Joghurt, Chambiko und unsere Milch in Geschäften im ganzen Land zu verkaufen, wie die etablierten Molkeereien. Wenn wir das schaffen, werden wir eine Menge Leute beschäftigen“, fügt er hinzu.

**VON BÜROKRATIE AUSGEBREMST**

Wie viele andere Unternehmen in Malawi kämpft auch die BDFCS mit Hürden. Wichtige Themen sind Marktzugang und Wachstum. „Unsere geringe Größe hindert uns daran, mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Der erste Schritt zur Expansion ist die Zertifizierung durch das Malawi Bureau of Standards, damit wir unsere Produkte landesweit vermarkten können“, sagt Charles Jota. Er bedauert, dass sich die BDFCS seit einem Jahr erfolglos um eine Zertifizierung bewirbt und daher ihre Produkte weiterhin nur auf dem lokalen Markt in Thyolo vertreiben kann.

Umständliche Verfahren zur Zertifizierung durch das Malawi Bureau of Stan-

dards sind ein Problem für viele kleine und mittlere Unternehmen, die landwirtschaftliche Produkte weiterverarbeiten, wie die BDFCS. Die Bürokratie hindert sie daran, ihren Absatzmarkt zu diversifizieren und über den ländlichen Raum hinaus zu erweitern. Der ländliche Markt allein gibt aber möglicherweise finanziell zu wenig her, um Wachstum anzukurbeln.

Smith Nkhata arbeitet als Dozent an der Lilongwe University of Agriculture and Natural Resources und ist auf Lebensmitteltechnologie und Ernährungswissenschaften spezialisiert. Er ist überzeugt, dass das Genossenschaftsmodell zum wirtschaftlichen Aufschwung in Malawi beitragen kann, trotz aller Herausforderungen. „Genossenschaften bieten nicht nur eine Lebensgrundlage, sondern verkörpern auch eine größere Vision. Eine, bei der eine nachhaltige Expansion nicht nur die Beschäftigung fördert, sondern auch das sozioökonomische Gefüge einer Gemeinschaft stärkt“, sagt er. Nkhata weist darauf hin, dass die Beschäftigten in der Lebensmittelverarbeitung umfassend und angemessen ausgebildet werden müs-

„Genossenschaften spielen eine wichtige Rolle dabei, Arbeitsplätze in Malawi zu schaffen. Und sie könnten künftig noch wichtiger werden, auch für die lebensmittelverarbeitende Industrie.“

sen, damit sie zu kräftigerem Wachstum beitragen können.

### LEBENSMITTELVERARBEITUNG VOR ORT

Nkhata zufolge zieht es die meisten etablierten lebensmittelverarbeitenden Unternehmen in die städtischen Zentren, weil es dort Fachwissen, Strom und bereits bestehende Märkte gibt, sodass die ländlichen Gebiete letztlich nur als Rohstoffquelle dienen. Er schlägt einen transformativen Ansatz vor, um die Wertschöpfung auf lokaler Ebene zu fördern.

Wie Nkhata erklärt, hat die Weiterverarbeitung von Produkten in Betrieben in

ländlichen Gebieten verschiedene Vorteile, darunter beispielsweise die größere Nähe zu den Rohstoffen. Viele Unternehmen in den urbanen Zentren beziehen ihre Rohstoffe aus entlegenen Regionen, bei erheblichen Transportkosten. Im Gegensatz dazu könnten Verarbeitungsbetriebe in ländlichen Gebieten nicht nur lokale Ressourcen nutzen und dringend benötigte Arbeitsplätze schaffen, sondern auch eine preiswerte Alternative für etablierte Akteure darstellen.

Für Lucia Mwale und andere hat die BDFCS nicht nur die Existenz gesichert, sondern auch eine Leidenschaft für die Lebensmittelverarbeitung geweckt. „Ich lerne immer noch eine Menge“, sagt sie. „Ich hoffe, eines Tages meine eigene Molkerei zu haben und so viele Menschen wie möglich zu beschäftigen.“



**RABSON KONDOWE**  
arbeitet als Journalist in  
Blantyre, Malawi.

[kondowerabie@gmail.com](mailto:kondowerabie@gmail.com)



Folgen Sie uns auf LinkedIn!

Liebe Leserinnen und Leser,

wir laden Sie herzlich ein, uns auf LinkedIn zu folgen, dem sozialen Netzwerk für berufliche Kontakte. Sie finden uns unter

[www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation](http://www.linkedin.com/company/d-c-development-and-cooperation)

Wir kommentieren auf LinkedIn das aktuelle Geschehen und weisen auf wichtige neue Inhalte unserer Website [www.dandc.eu](http://www.dandc.eu) hin.

ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT **E+Z**



Eine Bäuerin in Ruanda bewässert ihre Pflanzen.

AGRARFINANZIERUNG

## In Dorfgemeinschaften investieren

**Kleinbäuerliche Betriebe sind für die weltweite Ernährungssicherheit zentral. Die UN-Organisation IFAD unterstützt sie unter anderem mit Finanzmitteln, Zugang zu Märkten und Schulungen.**

Von Satu Santala

Kleinbäuerliche Betriebe produzieren ein Drittel der Nahrungsmittel weltweit. Dennoch finden sie oft zu wenig Beachtung und sind chronisch unterfinanziert, vor allem in Ländern mit niedrigen und niedrigen mittleren Einkommen (LICs und LMICs), wo Armut und Hunger besonders groß sind. Diese Gegenden wurden jahrzehntelang vernachlässigt; 80 Prozent der ärmsten Menschen der Welt leben hier. Wenn sie Nahrungsmittel im Wert von einem Dollar produzieren, erhalten sie davon nur sechs Cent. Viele sehen sich gezwungen auszuwandern. Der philippinische Bauer Felipe Nazar brachte es im Interview mit The New Humanitarian auf den Punkt: „Während der Erntezeit verdienen wir nichts, wir überleben nur. Eigentlich verschenken wir unsere Ernte.“

Diese ländlichen Gemeinschaften trifft auch der Klimawandel am stärksten. Investitionen können helfen, ihre Armut zu lindern und Hunger effektiv zu bekämpfen. Die internationale Hilfe reicht aber immer noch nicht, um den steigenden Bedarf zu decken. Laut OECD wurden 2021 nur 9,4 Milliarden Dollar für Fischerei, Land- und Forstwirtschaft bereitgestellt – nur vier Prozent der weltweiten öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA – official development assistance). Die mangelnde Finanzierung behindert das transformative Potenzial ländlicher Gemeinschaften, Hunger und Armut bis 2030 zu beenden, wie es das 2. UN-Nachhaltigkeitsziel (SDG – Sustainable Development Goal) verlangt. Doch es gibt Hoffnung.

### WIE DER IFAD ARBEITET

Der Internationale Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD – International Fund for Agricultural Development) ist eine UN-Sonderorganisation und internationale Finanzinstitution. Der IFAD bekämpft Armut und Hunger in ländlichen

Gebieten von Entwicklungsländern, indem er in die Landbevölkerung investiert und durch effektive Finanzstrategien zinsgünstige Darlehen und Zuschüsse gewährt. Der IFAD hat 177 Mitgliedstaaten und wurde in den 1970er-Jahren als Antwort auf eine Energie- und Nahrungsmittelkrise gegründet, ähnlich jener, die wir heute erleben. Seitdem lenkt er Investitionen in ländliche Gemeinschaften, um die Ernährungssicherheit ebenso zu verbessern wie die Ernährungsweise und die Einkommen. Derzeit führt der IFAD seine dreijährliche Konsultation durch, um den Fonds aufzufüllen und künftige Prioritäten festzulegen.

Ziel des IFAD ist es, Finanzmittel, die in ländliche Gebiete fließen, zu bündeln und zu katalysieren. Dafür kooperiert der Fonds auch mit dem Privatsektor. Unter anderem geht es darum, Ressourcen zu bündeln, Risiken zu minimieren und Expertenwissen bereitzustellen, um verschiedene miteinander verknüpfte Themen anzugehen, darunter Ernährungssicherheit, Migration, Klimaanpassung, die Einbeziehung des Privatsektors und Geschlechtergerechtigkeit. Investitionen in langfristige ländliche Entwicklung durch Organisationen wie den IFAD mindern die Kosten für Notfälle und fördern nachhaltiges Wachstum. Jeder für Resilienz ausgegebene Dollar kann bis zu zehn Dollar an Nothilfe einsparen. Laut eigenen Daten erzielt der IFAD aus Investitionen sechsfache Renditen.

Der IFAD kooperiert auch mit Regierungen. In Malawi etwa hat ein Projekt den Marktzugang für kleinbäuerliche Betriebe verbessert. Nachhaltige landwirtschaftliche Praktiken, intensivere Produktion und Management natürlicher Ressourcen brachten Vorteile für Wertschöpfungsketten. Der IFAD stärkte auch lokale Institutionen und beteiligte sich an Politdialogen für ein marktorientiertes Wachstum in der Landwirtschaft und eine konsequente Umsetzung politischer Beschlüsse.

Neben der Finanzierung macht der IFAD auch Wissen und Entscheidungsprozesse zugänglich, besonders für Frauen, junge Menschen und Menschen mit Behinderungen. Sogenannte Haushaltsmethoden (HHMs) etwa unterstützen Familienmitglieder dabei, ihre Arbeitslast gerechter zu verteilen. Dies soll mehr Geschlechtergerechtigkeit erreichen, landwirtschaftliche Produktivität erhöhen, Ernährung verbessern und die allgemeine soziale Entwicklung fördern.

Der IFAD reagiert auch auf Krisen. Den Auswirkungen der Corona-Pandemie setzte er die Rural Poor Stimulus Facility entgegen, eine von mehreren Gebern getragene Initiative, die der Landbevölkerung Zugang zu Betriebsmitteln, Informationen, Liquidität und Märkten verschafft. Auf die Folgen des Ukrainekrieges reagierte der IFAD mit seiner Crisis Response Initiative, die die Resilienz ländlicher Gemeinschaften fördert. Dazu gehören der Zugang zu Saatgut, Treibstoff und Dünger sowie Investitionen in kleinräumige Infrastruktur, um Produktionskapazitäten zu verbessern und Nachernteverluste zu mindern.

Der IFAD ist somit nicht nur ein Fonds, sondern ein strategischer Partner für nachhaltige Entwicklung. Zu seinen Hauptaufgaben gehört es, das Gleichgewicht zwischen Soforthilfe und langfristigen Investitionen zu finden. Es ist höchste Zeit für mehr Investitionen, um Hunger und Armut an der Wurzel zu packen, statt nur auf sich wiederholende Krisen zu reagieren.

### LANDWIRTSCHAFT UND PRIVATSEKTOR

Ein Beispiel für den Ansatz des IFAD stammt aus El Salvador. Dort unterstützt die Entwicklungsinitiative Rural Adelante (RA) ländliche Gebiete und die Landwirtschaft im Besonderen, indem sie hilft, sich an Klimaveränderungen anzupassen. Insbe-

sondere Frauen und Jugendlichen bietet sie Alternativen zur Abwanderung. RA führte Hydrokultur ein: Pflanzenanbau mit einer Nährlösung statt Erde. Dies verdoppelte die Produktivität und ermöglichte ganzjährigen Anbau. Eine Bäuerin meinte dazu: „Die Hydrokultur bringt uns große Vorteile; wir können Schädlinge besser im Zaum halten, hochwertiges Saatgut pflanzen und geeignete Sorten nutzen.“

„Ländliche Entwicklung wirkt über die Grenzen des ländlichen Raums hinaus. Sie strahlt aus auf globale Themen wie Migration, Stärkung der Frauen, Klimawandel und Ernährungssicherheit.“

RA finanzierte auch die Beteiligung der jungen Landbevölkerung an den Wertschöpfungsketten. Zugleich ging das Projekt auf die besonderen Herausforderungen für Frauen ein. Sie machen 40 Prozent derer aus, die aktiv an RA teilnehmen. Das Projekt richtete sich auch an traditionell benachteiligte Gruppen wie indigene Völker, Kinder und ältere Menschen. Nicht zuletzt wurde auch angewandte Politikforschung betrieben.

Der IFAD setzt sich stark für finanzielle Inklusion ein – durch digitale Technologien, Finanzierung von Wertschöpfungsketten, Kreditgenossenschaften und öffentlich-private Partnerschaften (PPP). Letztere verbinden etwa kleinbäuerliche Betriebe als private Akteure mit dem Markt. Da der Klimawandel teils unvorhersehbar ist, brauchen Bauern und Bäuerinnen Zugang zu Ressourcen und Technologien. Jenseits von Risikominderung und regulatorischen Reformen unterstreicht die IFAD-Strategie das Engagement des Privatsektors, indem sie private Investitionen in Einklang bringt mit den SDGs, dem Pariser Klimaabkommen und einer Vision für ein nachhaltiges globales Ernährungssystem.

Der IFAD leistet zudem Pionierarbeit bei der Schaffung eines Finanzrahmens, der Zusammenarbeit und Partnerschaften fördert, und hat gemeinsam mit Weltbank und dem UN Food Systems Coordination Hub eine Führungsrolle bei der Finanzierung von Ernährungssystemen. Dabei helfen

auch Veranstaltungen wie der SDG-Gipfel und COP28. Um das Ernährungssystem zu transformieren und die SDGs zu erreichen, müssen wir wichtige Elemente priorisieren: Koordination, Finanzierung, Governance und Innovation. Die derzeit laufenden IFAD-Konsultationen gehen diese Herausforderungen an und steigern das finanzielle Engagement für die Transformation ländlicher Ernährungssysteme.

### ZUSÄTZLICHE MITTEL

Um auf erhöhte Bedarfe infolge des Ukrainekriegs, Covid-19 und der Energiekrise reagieren zu können, bemüht sich der IFAD derzeit um weitere Mittel für die ländliche Bevölkerung. Eine stärkere Unterstützung durch Geberländer ist dafür ebenso wichtig wie neue Wege der Finanzierung. Der IFAD nimmt deshalb weitere 500 Millionen Dollar durch Privatplatzierungen auf. Das Geld soll in Maßnahmen gegen Klimaflucht, soziale Instabilität und Geschlechterungleichheit fließen.

Deutschland ist eines der Länder, die das Engagement des IFAD im Privatsektor verstärken und nachhaltige Finanzstrategien unterstützen. Die KfW leistet hier seit 2014 Pionierarbeit und hat kürzlich ein Förderdarlehen über 400 Millionen Euro für das 3,5-Milliarden-Dollar-Programm des IFAD für 2022 bis 2024 bewilligt.

Ländliche Entwicklung wirkt über die Grenzen des ländlichen Raums hinaus. Sie strahlt aus auf globale Themen wie Migration, Stärkung der Frauen, Klimawandel und Ernährungssicherheit. Wer den IFAD unterstützt, geht daher unmittelbare Herausforderungen der Menschheit an und investiert in mittel- bis langfristige Lösungsansätze, die Benachteiligten auf der ganzen Welt zugutekommen.

Die Unterstützung Deutschlands hat entscheidend dazu beigetragen, in ländlichen Gemeinden weltweit positive Veränderungen herbeizuführen. Wir hoffen, dass Deutschland dem IFAD auch weiterhin zur Seite steht, sich für jene einsetzt, die die Welt ernähren, und damit kommenden Generationen eine stabile Zukunft bietet.



**SATU SANTALA**  
ist Associate Vice-President  
der Abteilung für  
Außenbeziehungen und  
Governance beim IFAD.

[ifadnewsroom@ifad.org](mailto:ifadnewsroom@ifad.org)



Tania während einer Therapiesitzung mit der Physiotherapeutin Lilián Beltrán.

LEBEN MIT BEHINDERUNG

## Therapie und Teilhabe

**In Kolumbien ist es für junge Menschen mit Behinderungen oft schwer, medizinische Versorgung zu erhalten und an der Gesellschaft teilzuhaben. Das Projekt „Familias siguen adelante“ will dies ändern und bindet dafür auch Angehörige eng ein.**

Von Sarah Grünewald

Anstrengung und Konzentration sind Tania deutlich anzusehen. Die 14-Jährige liegt bäuchlings auf einem Gymnastikball und versucht, ihren Oberkörper aufzurichten. Ihr ganzer Körper zittert, doch nach ein paar Anläufen schafft sie es. Mit breitem Lächeln blickt sie ihre Mutter Patricia an, die vor ihr auf dem Boden sitzt. Beide sind sichtlich stolz über diesen Fortschritt. Die Teenagerin hat eine spastische Zerebralparese, eine Bewegungsstörung und Muskelsteife, verursacht durch Gehirnschädigungen. Sie ist auf den Rollstuhl angewiesen.

Tania ist eine von rund 180 000 Kindern und Jugendlichen unter 19 Jahren

mit Behinderung in Kolumbien. Hinzu kommt eine wohl erhebliche Dunkelziffer aufgrund ungenauer Datenerhebung und weil es schwierig ist, Haushalte in abgelegenen Gebieten zu befragen. Sicher ist: Jedes einzelne dieser Kinder benötigt besondere Zuwendung, Therapie und Pflege für seine individuelle Entwicklung.

Kinder mit Behinderungen haben die gleichen Rechte wie andere Kinder, beispielsweise auf Gesundheitsversorgung, Bildung und Schutz vor Gewalt und Vernachlässigung. Dies ist festgelegt im Übereinkommen über die Rechte des Kindes von 1989 (UN-Kinderrechtskonvention) und im Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen von 2006 (UN-Behindertenrechtskonvention). Die Unterzeichnerstaaten, zu denen auch Deutschland und Kolumbien gehören, haben sich verpflichtet, diese Rechte zu schützen und zu gewährleisten.

In der Realität sehen sich Menschen mit Behinderungen weltweit aber kon-

frontiert mit einer Vielzahl von Einschränkungen und Diskriminierungen in allen gesellschaftlichen Bereichen. In einem von fünf Haushalten in Lateinamerika und der Karibik, die als extrem arm eingestuft werden, lebt eine Person mit einer Behinderung (Weltbank, 2021). Der Zugang zu Bildung, menschenwürdigen Arbeitsplätzen und öffentlichen Dienstleistungen ist häufig schlecht, besonders für Personen aus den unteren sozioökonomischen Schichten. Medizinische Behandlungen und Angebote zur persönlichen Unterstützung sind oft teuer, das erhöht das Armutrisiko zusätzlich.

### ERSCHWERTER ZUGANG ZU LEISTUNGEN

Die medizinische Versorgung für Kinder mit Behinderungen ist in vielen Ländern unzureichend. Wo vorhanden, ist sie oft kostspielig und nicht integrativ, und auf dem Land ist sie tendenziell schwächer ausgeprägt als in den Städten. Das gilt auch für Kolumbien. Dort erschweren beispielsweise Bürokratie oder Probleme bei der Terminvergabe den Zugang zu Gesundheits- und Rehabilitationsleistungen. Wenn Menschen an Rehabilitationsmaßnahmen nicht teilnehmen, liegt das oft an Geldmangel, aber auch an der fehlenden Genehmigung durch die Krankenkasse – oder daran, dass das Pflege-



zentrum weit entfernt liegt. Insbesondere in ländlichen Regionen fehlt es an Hilfsangeboten, Tagespflegeeinrichtungen und Therapiezentren.

Der fehlende Zugang zu adäquaten Rehabilitationsmaßnahmen hat schwerwiegende Folgen für die körperliche und geistige Entwicklung der Kinder und damit für ihre Lebensqualität. Ihre Gliedmaßen werden weniger beweglich, und grundlegende Funktionen wie das Greifen verschlechtern sich. Gelenkschmerzen, Haltungsschäden und Druckgeschwüre infolge schlechter Lagerung nehmen zu. Dies erschwert die alltägliche Pflege, etwa das Baden und Ankleiden, und belastet so die Pflegeperson stärker.

Meist verrichten Angehörige die Pflegearbeit. Für viele ist das nicht nur eine große physische, psychische und emotionale Belastung, sondern birgt auch ein Armutsrisiko. Häufig übernehmen Mütter die Pflege des Kindes und kümmern sich zudem um den Haushalt. Da dies oft mit Einnahmeausfällen verbunden ist, die Familien aber dafür kaum monetäre Unterstützung vom Staat erhalten, ist die finanzielle Belastung hoch.

Patricia hat diese Schwierigkeiten selbst erlebt. Sie suchte für Tania vergeblich nach einem Tagespflegeplatz. Ihr niedriges Gehalt erlaubte es ihr auch nicht, eine Pflegekraft einzustellen, die sich tagsüber kümmern könnte. Schließlich gab die gelernte Krankenpflegerin ihre Arbeit in einer Arztpraxis auf und widmete sich ganz der Pflege und Förderung ihrer Tochter. Doch irgendwann stiegen die Kosten für Lebensmittel, Medikamente, Arztbesuche und Hilfsmittel so stark an, dass ihre niedrigen Einkünfte durch kleinere Nebentätigkeiten nicht mehr ausreichten. Schließlich zog ihre 70-jährige Mutter zu ihr, um sich um ihre Enkelin zu kümmern. Patricia nahm eine Stelle als Küchenhilfe an.

## PROJEKT UNTERSTÜTZT FAMILIEN

Patricias Arbeitgeberin ist die Stiftung Fundación Proyecto Unión, eine Non-Profit-Organisation, die sich für soziale Inklusion einsetzt. In der Gemeinde Tocancipá im Bundesstaat Cundinamarca, nördlich der Hauptstadt Bogotá, betreibt sie ein Projekt namens Casa de los Ángeles. Es bietet verschiedene Unterstützungsleistungen für Familien, darunter auch für Kinder mit Be-

„Die medizinische Versorgung für Kinder mit Behinderungen ist in vielen Ländern unzureichend. Wo vorhanden, ist sie oft kostspielig und nicht integrativ.“

hinderungen. Beispielsweise können dort Familien kostenlos unterkommen, wenn schwer erkrankte Kinder aus entlegenen Gebieten für medizinische Behandlungen nach Bogotá gebracht werden.

Seit März 2023 betreibt die Stiftung ein weiteres Projekt, um das Problem anzugehen, dass Zugänge zu Therapieangeboten für Kinder mit Behinderungen fehlen. Es heißt „Familias siguen adelante“, was sinngemäß bedeutet, dass Familien trotz Schwierigkeiten durch Beharrlichkeit weiterkommen. Es handelt sich um ein kostenloses Therapie- und Rehabilitationsprogramm für derzeit 24 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von zwei bis 28 Jahren mit körperlichen und geistigen Behinderungen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördert es mit 10 000 Euro, verwaltet durch die Stiftung Nord-Süd-Brücken. Empfängerin der Fördermittel ist die deutsche Hilfsorganisation Friends of Angels Germany, die das Projekt gemeinsam mit Fundación Proyecto Unión noch bis Ende Januar 2024 umsetzt.

## EINBINDUNG DER BETREUENDEN

Die Teilnehmenden wohnen in Tocancipá, in der benachbarten Gemeinde Sopó oder in umliegenden Dörfern. Sie hätten ohne das Projekt keinen Zugang zu vergleichbaren Therapieangeboten. „Familias siguen adelante“ zielt darauf ab, ihre individuelle Entwicklung zu fördern, ihre Mobilität zu verbessern und ihnen mehr Selbstständigkeit und soziale Teilhabe zu ermöglichen. Dafür erhalten sie drei Monate lang zweimal wöchentlich eine Einzelstunde Ergo- und Physiotherapie.

Der Fokus liegt zugleich auch auf dem Umfeld: Die Familien sind aktiv in die Rehabilitation einbezogen. An jeder Therapiestunde nimmt eine Pflegeperson teil; so kann sie zu Hause das Training fortführen und die Fortschritte festigen. Es liegt auf

der Hand, dass kompetente Betreuungspersonen maßgeblich zur sozialen Teilhabe eines Kindes mit Behinderung beitragen können. Da die finanzielle Situation der Familien meist prekär ist, erstattet das Projekt die Transportkosten für die Teilnehmenden und je eine Pflegeperson.

„Ich sehe die Eltern als meine Ko-Therapeut\*innen“, erklärt Lilián Beltrán, die Physiotherapeutin des Programms. „Es hilft mir sehr zu verstehen, wie der Alltag in der Familie aussieht und welche Routinen die Kinder und Eltern gemeinsam gefunden haben, damit bestimmte tägliche Abläufe besser funktionieren. So kann ich die Behandlung ganz auf die individuellen Bedürfnisse abstimmen und ich lerne auch jedes Mal etwas Neues von ihnen.“

Für Patricia zeigt das Projekt Wirkung. „Ich habe bei Tania viele positive Veränderungen bemerkt“, berichtet sie. Ihre Tochter sei aufmerksamer und suche stärker die Interaktion mit anderen Kindern. Zudem mache sie auch körperliche Fortschritte, das erleichtere besonders die Pflege im Alltag, etwa das Anziehen oder Waschen.

Projekte wie „Familias siguen adelante“ zeigen, wie wichtig es ist, für junge Menschen mit Behinderungen und ihre Familien kostenlose Therapien anzubieten. Regierungen weltweit müssen ihre Anstrengungen für mehr Inklusion von Kindern und Jugendlichen mit Behinderungen verstärken, damit diese die gleichen Rechte wie ihre Altersgenossen ausüben und ihren eigenen Lebensweg finden können.

## LINKS

Fundación Proyecto Unión:

<https://www.proyectounion.org>

Friends of Angels Germany:

<https://www.friendsofangels.de>

Weltbank, 2021: Disability inclusion in Latin America and the Caribbean: A path to sustainable development. Washington D.C.

<https://www.worldbank.org/en/news/press-release/2021/12/02/la-inclusion-de-las-personas-con-discapacidad-clave-para-el-desarrollo-sostenible-de-america-latina-y-el-caribe>



**SARAH GRÜNEWALD**  
ist erste Vorsitzende des Vereins Friends of Angels Germany.

[verwaltung@friendsofangels.de](mailto:verwaltung@friendsofangels.de)

# Rentensparnisse in Sambia vorab investieren

Arbeitnehmer\*innen können neuerdings in Sambia bis zu 20 Prozent ihrer staatlichen Rentensparnisse abheben. Dazu müssen sie allerdings mindestens fünf Jahre lang in das Rentensystem eingezahlt oder eine bestimmte Beitragshöhe geleistet haben.

Die vorzeitige Nutzung der Rente war ein Wahlversprechen von Präsident Hakainde Hichilema, der seit 2021 im Amt ist. Seine Regierung hat dazu ein neues Gesetz erlassen: „Es wird den Bürger\*innen ermöglicht, das Geld in verschiedene Unternehmungen und Anlageformen ihrer Wahl zu investieren.“

Das Gesetz hat hohe Wellen geschlagen und hunderte von Arbeitnehmer\*innen standen in den Ämtern Schlange oder prüften online, ob sie leistungsberechtigt sind. Bis Juni 2023 hat die staatliche Rentenbehörde 7,5 Milliarden Kwacha (umgerechnet etwa 300 Millionen Euro) an mehr als 316 000 Mitglieder ausbezahlt.

Die Regierung hat nach Angaben der Rentenbehörde insgesamt rund 11 Milliarden Kwacha (480 Millionen Euro) für die Auszahlung an 600 000 Anspruchsberechtigte zurückgestellt. Die Behörde rechnet damit, dass die geringste Auszahlung 5000 Kwacha (220 Euro) und die höchste 160 000 Kwacha (7015 Euro) pro Beitragszahler\*in betragen wird.

Der Beamte Lackson Chota jubelte vor Freude, als er erfuhr, dass er Anspruch auf die vorzeitige Leistung hat. „Nachdem ich mein Geld bekommen hatte, habe ich davon ein Wohnheim für Studierende gebaut. Studierendenwohnungen sind sehr gefragt. Das garantiert mir eine Verdreifachung meiner Anfangsinvestition von 100 000 Kwacha.“ Mit den Einnahmen will Chota ein Mietshaus bauen.

Ruth Tembo, Angestellte einer chinesischen Klinik in einem Vorort von Lusaka, ist optimistisch, dass sich die vorzeitige Rentenauszahlung positiv auswirkt. Sie will sich einen lang ersehnten Wunsch erfüllen: „Sobald ich mein Geld habe, möchte ich einen Hühnerstall bauen und einen Geflügelbetrieb betreiben. Ich glaube, die Geldzahlung wird vielen Menschen helfen, den Schritt ins Unternehmertum zu wagen.“

Es ist das erste Mal, dass Rentenzahler\*innen in Sambia die Möglichkeit haben, ihre Leistungen frühzeitig in Anspruch zu nehmen. Ökonom\*innen sind der Meinung, dass diese Maßnahmen die wirtschaftliche Entwicklung ankurbeln und die zunehmende Armut verringern werde. Das in Umlauf gebrachte Geld werde Handel und Gewerbe ankurbeln.

Die Behörden raten jedoch, mit den Ersparnissen vorsichtig umzugehen. Man solle lieber nach Investitionsmöglichkeiten suchen, anstatt das Geld für Konsumgüter auszugeben.

Amos Kunda, ein Minenarbeiter aus der nordwestlichen Provinz, hat diesen Rat befolgt: „Ich habe beschlossen, meine Auszahlung in Staatsanleihen zu investieren. Sobald diese fällig sind, kann ich die Zinsgewinne in die Ausbildung meiner Kinder investieren.“ Finanzanalyst Kelvin Chisanga ist der Ansicht, dass das Land einen Anstieg von Handel und Gewerbe erleben wird, der die Einnahmen der Regierung erhöhen wird. „Die 11 Milliarden Kwacha, die in die Wirtschaft fließen sollen, werden die Gesamtnachfrage ankurbeln.“



**DERRICK SILIMINA**  
ist freiberuflicher Journalist  
in Lusaka.

[derricksilimina@gmail.com](mailto:derricksilimina@gmail.com)

## IMPRESSUM

### E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT

Nachhaltige Entwicklung erfordert globales Denken und lokales Handeln.

64. Jg. 2023

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.

Internet: [www.DandC.eu](http://www.DandC.eu)

ISSN 2366-7249

Diese Digitale Monatsausgabe wurde am 29.11.2023 fertiggestellt.

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

Wer sich an der Debatte beteiligen will, ist dazu herzlich eingeladen. Die Redaktion bittet, keine Beiträge unverlangt einzusenden, sondern Themenvorschläge zu machen. Wir bearbeiten Manuskripte nach journalistischen Kriterien und lassen die Beitragenden die redigierten Texte vor Veröffentlichung freigeben. Entsprechend bitten wir auch unsere Interviewpartner und -partnerinnen, den redigierten und gestrafften Wortlaut, den wir veröffentlichen, zu autorisieren.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH

Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40

53113 Bonn

Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150

[www.engagement-global.de](http://www.engagement-global.de)

BEIRAT:

Selmin Çalışkan, Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge, Prof. Dr. Katharina Michaelowa, Dr. Susanne Neubert, Bruno Wenn

VERLAG:

Fazit Communication GmbH

Geschäftsführer: Jonas Grashey, Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:

Pariser Straße 1

D-60486 Frankfurt am Main

Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:

Dr. Hans Dembowski (DEM; Chefredakteur, V.i.S.d.P.),

Jörg Döbereiner (JD), Dr. Katharina Wilhelm Otieno (KO), Dagmar Wolf

(DW; Assistenz), Maren van Treel (MVT; Social Media)

Freiberufliche Mitarbeit: Sabine Balk (SB), Ronald Sseguija Ssekandi

(Kolumne Heutzutage), Jan Walter Hofmann (Layout),

Eleonore von Bothmer (Übersetzung)

Tel. (0 69) 75 91-31 10

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)

Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit

und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens ist die

FAZ Fazit Stiftung.

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:

Fazit Communication GmbH

c/o Cover Service GmbH & Co. KG

Postfach 1363

D-82034 Deisenhofen

Tel. (0 89) 8 58 53-8 32

Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32

[fazit-com@cover-services.de](mailto:fazit-com@cover-services.de)

DRUCK:

Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH

Kurhessenstraße 4–6

D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+C-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Websites zugestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:

Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €,

Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



WELTPOLITIK

# Schwierige G20-Präsidentschaft

**Brasilien übernimmt die G20-Präsidentschaft bis November 2024. Präsident Luiz Inácio Lula da Silva hofft, damit auch Brasiliens internationale Rolle nach den Bolsonaro-Jahren zu stärken, steht aber in Zeiten geopolitischer Verwerfungen vor einer großen diplomatischen Herausforderung.**

Von Luiz Ramalho

Ab dem 1. Dezember 2023 übernimmt Brasilien bis November 2024 die rotierende Präsidentschaft der Gruppe der 20 (G20), die jetzt, nach der Aufnahme der Afrikanischen Union beim letzten Gipfeltreffen in Indien, eigentlich aus 21 Mitgliedern besteht.

Die brasilianische Regierung wird somit für die Organisation des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs sowie der G20-Ministertreffen im Jahr 2024 verantwortlich sein. Brasiliens Präsident Luiz Inácio Lula da Silva strebt an, die G20-Präsidentschaft zu einem außenpolitischen Meilenstein zu machen, der die Rückkehr Brasiliens auf die internationale Bühne nach der isolationistischen Regierung seines rechtsextremen Vorgängers Jair Bolsonaro festigt.

Die Präsidentschaft hat grundsätzlich die Aufgabe, die vorrangigen Themen für Arbeitsgruppen, Taskforces und Initiativen festzulegen. Dies schließt die Gründung einer Reihe von sogenannten Engagement-Gruppen ein, die Vertreter\*innen des Privatsektors (B20), Gewerkschaften (L20), Wissenschaft (S20), Frauen (W20), Jugendbewegungen (Y20) sowie Organisationen der Zivilgesellschaft (C20) eine Stimme verleihen sollen. Die brasilianische Regierung bereitet ein ereignisreiches Programm für 2024 in 15 Städten vor, das im Gipfeltreffen in Rio de Janeiro am 18. und 19. November 2024 seinen Höhepunkt finden wird.

## MÜHSAME KONSENSFINDUNG

Brasilien übernimmt die G20-Präsidentschaft zu einer Zeit, in der die geopolitische Fragmentierung und die Bildung von politischen Blöcken die politischen Konsensbildungsformate der internationalen

Gemeinschaft erschweren, wie das letzte G20-Treffen in Indien gezeigt hat.

Die Relevanz der G20 aufrechtzuerhalten ist 2024 Hauptaufgabe. In der G20 kommen sowohl die Schwellenländer der BRICS-Gruppe als auch die Industriestaaten der G7 zusammen. Zuletzt hatte China



Brasiliens Präsident Lula da Silva.

trotz Skepsis aus Indien und Brasilien die Erweiterung der BRICS vorangetrieben und das letzte G20-Treffen in Indien boykottiert. Eine große Herausforderung für die brasilianische Diplomatie wird sein, konkrete und relevante Ergebnisse zu liefern und einen Konsens zu bilden.

Folgende Schwerpunkte wurden von Lula da Silva in Indien angekündigt:

- Klima und nachhaltige Entwicklung,
- Reform multilateraler Institutionen,
- Armutsbekämpfung, Bekämpfung sozialer Ungleichheit, Ernährungssicherheit,

- gerechte Besteuerung, Auslandsverschuldung, neue Ansätze der Entwicklungsfinanzierung, Umstrukturierung der globalen Finanz-Governance,
- Rassismus und Gendergerechtigkeit als Querschnittsthemen.

Insbesondere die Reform des UN-Sicherheitsrats durch die Aufnahme neuer ständiger Mitglieder ist ein altes Anliegen Brasiliens. Die brasilianische Präsidentschaft ist eine Chance, diese Reformen voranzutreiben, vor allem vor dem Hintergrund der geopolitischen Umstrukturierung durch den russischen Angriff auf die Ukraine, die neu definierte Rolle Chinas als aufstrebende Macht und die Ohnmacht und wechselseitige Blockade der Vetomächte des Sicherheitsrats angesichts der Terrorattacke der Hamas und der militärischen Besetzung des Gazastreifens durch Israel.

Brasilien könnte in einigen Aspekten anders und innovativer vorgehen als bisherige Länder. So strebt Lula da Silva einen G20-Prozess mit sozialer Partizipation an. Im unmittelbaren Vorfeld des G20-Treffens im November 2024 soll ein Sozialgipfel stattfinden. Das wäre eine signifikante Veränderung. Der G20-Prozess bot nie großen Raum für die Beteiligung der Zivilgesellschaft. Nur wenige nichtstaatliche Akteure waren bisher an den Treffen beteiligt.

Insbesondere im Hinblick auf globale Wirtschafts- und Finanzsysteme möchte Brasilien die Diskussionen für die Zivilgesellschaft und andere in den Engagement-Gruppen organisierte Akteure öffnen. Diese sollen direkt mit der Gruppe der Sherpas (die als Unterhändler den G20-Prozess im Auftrag der Außenministerien steuern und die Abschlusserklärung aushandeln) in Dialog treten und eigene Policy-Stellungnahmen einbringen können.

Die Schwerpunkte Brasiliens entsprechen den Grundsätzen einer gerechten Übergangsperspektive („just transition“), nach der auch die deutsche Entwicklungszusammenarbeit ausgerichtet ist. Die brasilianische Präsidentschaft bietet Deutschland so eine Möglichkeit, diese Themenfelder international und im Dialog voranzutreiben.



**LUIZ RAMALHO**  
ist unabhängiger  
Entwicklungsberater und  
ehemaliger leitender  
Angestellter der GIZ.

[ramalho.berlin@gmail.com](mailto:ramalho.berlin@gmail.com)

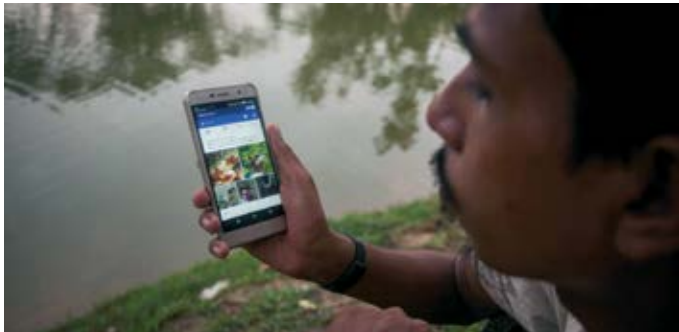
## SOCIAL MEDIA

# Stoppt den digitalen Hass

**Social-Media-Konzerne versagen bei der Moderation ihrer Plattformen. So führt Hetze im Internet zu analoger Gewalt, wie die Konfliktregionen Äthiopien und Myanmar zeigen.**

Von Lena Rohrbach

Soziale Netzwerke können erwiesenermaßen Gewaltspiralen befeuern, vor allem im Kontext von Krisen und Kriegen. Amnesty International hat dieses Menschenrechtsproblem des digitalen Zeitalters in Äthiopien und Myanmar untersucht. In beiden Ländern dominiert Facebook die Online-nutzung. Tatsächlich stellt die Plattform für



viele Menschen im globalen Süden geradezu „das Internet“ dar.

Während des bewaffneten Konflikts im nördlichen Äthiopien von 2020 bis 2022 kam es zu grausamer Gewalt gegen die Zivilbevölkerung in der Region Tigray. In dem Bericht „A death sentence for my father“ belegt Amnesty International, wie Meta – das Unternehmen hinter Facebook, Whatsapp und Instagram – dazu beitrug: So wurde etwa der Chemieprofessor Meareg Amare getötet, nachdem er mittels Facebook-Posts ins Visier genommen worden war. Viele weitere Menschen erfuhren nachweislich Gewalt, die auf Facebook „vorbereitet“ wurde.

In Myanmar spielte Facebook eine bedeutende Rolle für die gewalttätige Vertreibung der Rohingya, wie der Amnesty-Bericht „The social atrocity“ zeigt. In den Monaten vor der Vertreibung im Sommer

2017 fluteten Personen mit Verbindung zum myanmarischen Militär und zu radikalen nationalistisch-buddhistischen Gruppen das Netzwerk mit Falschinformationen und Aufrufen zur Gewalt gegen Rohingya. Eine von den UN entsandte, unabhängige Untersuchungskommission kam zu dem Schluss, Social Media habe in dem Land eine „signifikante Rolle“ für die Verbrechen gespielt.

Zwei Grundprobleme begünstigen, dass sich Gewalt auf Social Media ausbreitet: Erstens erregen polarisierende und emotionale Inhalte besonders viel Aufmerksamkeit. Sie werden daher von den

**Im Jahr 2017 verbreiteten sich auf Facebook Gewaltaufrufe gegen die Rohingya in Myanmar.**

Algorithmen, die darüber entscheiden, was Nutzer\*innen angezeigt bekommen, oft bevorzugt. Diese Algorithmen sind darauf ausgelegt, dass sich Nutzer\*innen möglichst lange auf den Plattformen aufhalten und dort interagieren. Auf diese Weise hinterlassen sie zahlreiche Datenspuren, die es ermöglichen, ihnen zielgerichtete Werbung anzuzeigen. Je länger eine Person sich auf einer Plattform aufhält, desto mehr Werbung kann ihr gezeigt werden.

Zweitens fehlt es Facebook – aber auch allen anderen großen Social-Media-Plattformen – an Personal und Konsequenz bei der Moderation und Löschung problematischer Inhalte. Dies gilt insbesondere für den globalen Süden. In Äthiopien beispielsweise werden mehr als 80 Sprachen gesprochen, Facebook kann aber nur in vier davon moderieren. Zudem mangelt es

an Wissen über den lokalen Kontext. Während der Eskalation in Äthiopien und auch in Myanmar reagierte Meta außerdem nicht angemessen auf zahlreiche Warnungen zivilgesellschaftlicher Organisationen, von Menschenrechtsexpert\*innen und dem eigenen Facebook Oversight Board.

Social-Media-Konzerne sind nach den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verpflichtet, die Menschenrechte zu respektieren. Sie müssen deshalb dringend

- menschenrechtliche Sorgfaltspflichten umsetzen, Risiken analysieren und Gegenmaßnahmen einleiten,
- in allen Ländern die Auswirkungen algorithmischer Verstärkung verringern, etwa durch Grenzen für das Teilen von Inhalten oder von Gruppengrößen,
- in Risikokontexten besondere Maßnahmen umsetzen, etwa Empfehlungsalgorithmen abschalten,
- geschultes Personal für alle verwendeten Sprachen und kontextsensitive Richtlinien für die Moderation von Inhalten bereitstellen,
- Entschädigungsfonds für Betroffene von digitaler und digital vorbereiteter Gewalt einrichten.

Regierungen weltweit müssen Social-Media-Unternehmen zur Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten verpflichten und deren Geschäftsmodell regulieren. Dazu gehört auch das Verbot gezielter Werbung auf der Grundlage invasiver Daten-Tracking-Praktiken. Nicht zuletzt müssen sie nationale Aufsichtsbehörden aufbauen und diese angemessen ausstatten sowie individuelle und kollektive Rechtsbehelfe sicherstellen. Scheitern sie daran, waren die Ereignisse in Äthiopien und Myanmar erst der Anfang.

## LINKS

**Amnesty International, 2023: „A death sentence for my father“.**

<https://www.amnesty.org/en/documents/af25/7292/2023/en/>

**Amnesty International, 2022: The social atrocity.**

<https://www.amnesty.org/en/documents/asa16/5933/2022/en/>



**LENA ROHRBACH**

ist Fachreferentin bei Amnesty International Deutschland.  
[presse@amnesty.de](mailto:presse@amnesty.de)

INTERNATIONALE ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG

# Finanzlücken schließen

**Die Weltbank wird reformiert, und die angestoßenen Veränderungen sind überfällig. Wenn die internationale Entwicklungsfinanzierung globalen Herausforderungen gerecht werden soll, müssen starke Volkswirtschaften aber auch mehr Mittel bereitstellen.**

Von Jörg Döbereiner

In internationalen Debatten ist klar: Die globale Entwicklungsfinanzierung muss besser werden, um den Krisen der Gegenwart gerecht zu werden. Erderwärmung, schwindende Biodiversität, die Nachwirkungen der Covid-19-Pandemie und Kriege gehören zu den vielen Problemen, die nationale Grenzen überschreiten und oft weltweite Effekte haben. Dass die Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit groß ist, zeigte in diesem Jahr die ernüchternde Halbzeitbilanz der 17 UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs – Sustainable Development Goals): Beispielsweise ist SDG1, die Beseitigung extremer Armut, bis 2030 voraussichtlich nicht mehr zu erreichen.

Um den SDGs so nahe wie möglich zu kommen, benötigen Länder mit niedrigen Einkommen Zuschüsse und vergünstigte Kredite multilateraler Entwicklungsbanken. Aus gutem Grund haben die Weltbank und regionale Entwicklungsbanken sich

kürzlich darauf geeinigt, ihre Zusammenarbeit zu verbessern, finanzielle Kapazitäten auszuweiten und insgesamt schneller und agiler zu werden.

Die Weltbank ist die größte dieser Banken und deshalb besonders wichtig. Ihren Reformprozess haben voriges Jahr verschiedene Anteilseigner angestoßen, darunter die USA und Deutschland. Gesicht des Wandels ist Ajay Banga, seit Juni dieses Jahres Präsident der Bank. Wohin die Reise gehen soll, legte Banga auf der Jahrestagung von Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF) in Marokko im Oktober dar. Die Hauptaufgabe bleibt, Armut zu bekämpfen und Wohlstand zu fördern – allerdings nun mit dem Zusatz „auf einem bewohnbaren Planeten“. Will heißen: Banga will globale Herausforderungen wie die oben genannten stärker berücksichtigen. Sie ließen sich ohnehin nicht sinnvoll voneinander trennen, sagt er.

Das stimmt. Die großen Krisen beeinflussen und verstärken sich gegenseitig. Die Klimakrise bedroht die Ernährungssicherheit; Umwelterstörung macht Pandemien wahrscheinlicher; Kriege führen zu Flucht und können internationale Energie- und Lebensmittelmärkte erschüttern. Umgekehrt heißt das: Eine dieser Krisen einzudämmen, hilft auch im Kampf gegen andere. Solche Synergieeffekte gilt es zu nutzen.

Insofern ist es richtig, dass die Weltbank Krisen ganzheitlich angehen soll. Auch dass sie Ressourcen schneller bereitstellen und mehr Mittel mobilisieren soll, ist richtig. Bangas Pläne sehen unter anderem vor, etwas riskanter zu agieren und mehr Investitionen aus dem Privatsektor anzuregen. Ist die Weltbank damit erfolgreich, könnte dies anderen internationalen Finanzinstitutionen als Vorbild dienen.

Es führt auch kein Weg daran vorbei, dass mehr Geld in Länder mit niedrigen Einkommen fließen muss – und zwar sowohl aus etablierten Industrieländern mit hohem Einkommen als auch aus Schwellenländern, die wie China an der Schwelle zum Hoch-Einkommensstatus stehen. Die Probleme der ärmsten Länder wachsen schneller als ihre Wirtschaftskraft. Sie haben aber Krisen wie die Klimaerwärmung nicht verschuldet, verdienen also Unterstützung von den Hauptverantwortlichen. Diese kann bi- und multilateral geleistet werden.

Bangas Erfolg wird sich unter anderem daran bemessen, inwiefern es ihm gelingt, mehr Mittel für die Weltbank zu mobilisieren. Aus Sicht der Länder mit niedrigem Einkommensniveau gilt das insbesondere im Hinblick auf die turnusmäßige Wiederauffüllung der International Development Association (IDA). Dieser Zweig der Weltbank finanziert Vorhaben in den ärmsten Ländern. Von 2022 bis 2025 stehen dafür 93 Milliarden Dollar bereit. Über die Zeit danach wird 2024 entschieden. Banga braucht einen neuen Rekordwert.

Um die erheblichen Finanzierungslücken zu den SDGs zu schließen, wäre aber selbst ein neuer IDA-Höchstwert nur der Anfang. Entwicklungsländern fehlen laut UN dafür Investitionen in Höhe von etwa 4 Billionen Dollar jährlich. Zugleich plagen fast 40 Prozent dieser Länder erhebliche Schuldenprobleme, was ihre Entwicklung hemmt. Auch jenseits der internationalen Finanzinstitute sind also mehr Mittel aus starken Volkswirtschaften und dem Privatsektor notwendig – und ein fairer Umgang mit Überschuldung, damit arme Länder Perspektiven bekommen.



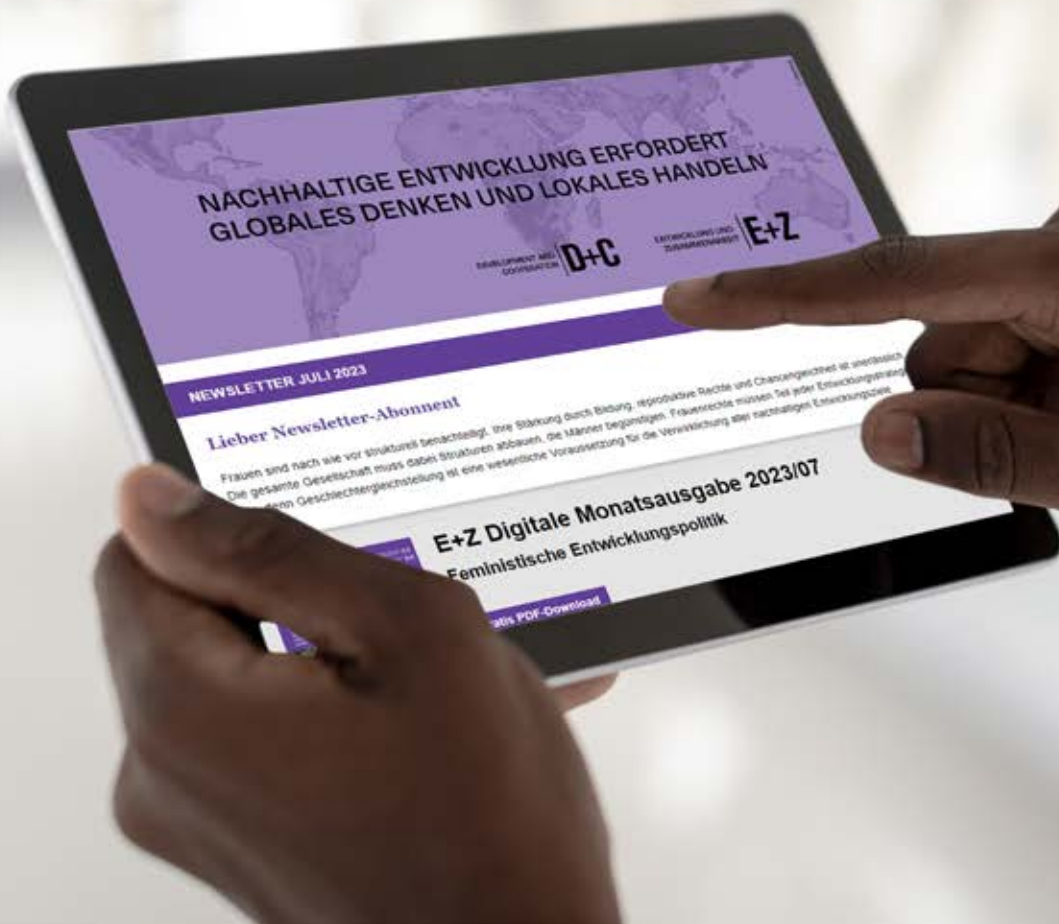
Ajay Banga im Oktober in Marrakesch.



**JÖRG DÖBEREINER**  
ist Redakteur bei E+Z/D+C.

[euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)

**Bleiben Sie mit unserem Newsletter zu wichtigen Themen auf dem Laufenden. Wir versenden ihn einmal im Monat sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch. Die Anmeldung zum Newsletter ist kostenfrei auf [www.dandc.eu](http://www.dandc.eu).**





SCHWERPUNKT

## Demokratie in Gefahr

**Der Nutzen von Kenias Dezentralisierung**

*Interview mit Moses Lubabali (S. 16)*

**Korruption international bekämpfen**

*Von Bernhard Amler und Christoph Kowalewski (S. 18)*

**Aspekte der Militärputsche in Westafrika**

*Interview mit Vladimir Antwi-Danso (S. 20)*

**In den USA bleibt die Demokratie bedroht**

*Von Claire Davis (S. 22)*

**Brasilien schließt Bolsonaro von Ämtern aus**

*Von André de Mello e Souza (S. 24)*

**Jüdische Philosophin bewertet das Scheitern von Netanjahus Politik**

*Interview mit Susan Neiman (S. 26)*

**Pakistans Wahlen in heftiger Polykrise**

*Von Marva Khan (S. 29)*

**Nach der Staatspleite wachsen in Sri Lanka Armut und Repression**

*Interview mit Ahilan Kadigamar (S. 31)*

**Fachleute diskutieren, ob chinesische Kredite der Demokratie in Partnerländern schaden**

*Von Isah Shafiq (S. 33)*



Dank der Dezentralisierung werden nun auch in Kenias Wüstenregionen Kliniken gebaut.

## DEZENTRALISIERUNG

# Auf lokale Bedürfnisse eingehen

**Mit der 2013 eingeführten Dezentralisierung verteilte Kenia die Macht auf 47 regionale Einheiten und förderte so die lokale Entwicklung. Obwohl eine bessere Ressourcenverteilung und mehr Beteiligung von Bürger\*innen erreicht wurden, bestehen weiterhin Probleme im Hinblick auf Steuererhebungen, Korruption und Tribalismus.**

**Moses Lubabali im Interview mit Alba Nakuwa und Katharina Wilhelm Otieno**

**Was bedeutet Dezentralisierung in Kenia, und wann wurde sie eingeführt?**

Die Dezentralisierung wurde 2013, drei Jahre nach Verabschiedung der neuen kenianischen Verfassung, eingeführt. Mit dieser Verfassung wurde die Macht neu verteilt, indem sie die Zuständigkeiten von der nationalen Regierung auf 47 gewählte Countyregierungen übertrug. Als Countys bezeichnet man in Kenia halbautonome Gebietskörperschaften, die eigene Gouverneure wählen.

**Inwiefern entscheiden die Countys seither eigenständig?**

Die Countys haben unterschiedliche Bedürfnisse – aufgrund von Klima, Umwelt oder Kultur. Daher war es gut, die Regierung in Untereinheiten zu dezentralisieren, in denen Bürger\*innen die Entwicklungsstrukturen selbst bestimmen können.

Dezentralisierung hat das Potenzial, Kenias langwierige Probleme der regionalen Unausgewogenheit, Ausgrenzung von Randgruppen und ethnischen Ungleichheiten anzugehen und die lokale Selbstverwaltung zu stärken.

**Welche positiven Ergebnisse sind zu sehen?**

Seit Einführung des Systems ist viel erreicht worden. Vor allem wurden die nationalen Ressourcen gleichmäßig auf die Countys verteilt. Jedes County hat somit gleiche Wachstumschancen. Die Countys erhalten 30 Prozent der nationalen Einnahmen – basierend auf Faktoren wie Bevölkerung, Armutsquote, Landfläche und Steuerverantwortung.

Positiv ist auch, dass die Öffentlichkeit seither stärker beteiligt ist. Die Entscheidungsfindung auf Regierungsseite ist so

fundierter, da die auf Countyebene getroffenen Beschlüsse auf lokalen Bedürfnissen beruhen müssen.

**Wie sieht diese verstärkte Bürger\*innenbeteiligung konkret aus?**

Die Dezentralisierung bietet den Bürger\*innen eine Plattform, um Beschwerden vorzubringen. Das macht die Regierungsführung auf Countyebene flexibler und effektiver. Die lokale Regierung kann ihre Dienstleistungen auf die Bedürfnisse der verschiedenen Gruppen in ihrem Gebiet zuschneiden. Sie kennt ihr Gemeinwesen in der Regel ohnehin besser als die nationale Regierung. Aber es bleibt viel zu tun. Junge Menschen, Frauen und Menschen mit Behinderungen sind in allen Countyregierungen weiter unterrepräsentiert.

**Welche Herausforderungen oder negativen Aspekte haben Sie seit der Dezentralisierung im Land beobachtet?**

Die Herausforderungen liegen in der Steuererhebung durch die Countyregierungen sowie in der Misswirtschaft der von der nationalen Regierung bereitgestellten Mittel. Einige Countys haben kein Standardverfahren zur Steuererhebung eingeführt und verlassen sich weitgehend auf die Gelder der Landesregierung, die sie aber eigentlich durch eigene ergänzen sollten. Weitere Countys sind in Verruf geraten, weil sie



Gelder veruntreut haben, andere können keine Rechenschaft über diese ablegen, obwohl es Gesetze für das Verwalten der Mittel gibt.

Mancherorts hat sich auch Tribalismus verstärkt, besonders im Beschäftigungssektor. Bestimmte ethnische Gruppen dominieren bestimmte Countys. Es findet sich kaum eine lokale Regierung, in der

**„Entwicklung muss auf lokaler Ebene stattfinden. Auch hat Dezentralisierung das Potenzial für mehr direkte Demokratie und kann so gleichzeitig die Demokratie auf nationaler Ebene stärken.“**

verschiedene ethnische Gruppen vertreten sind. Dadurch wird weniger interagiert, und es gibt weniger Austausch zwischen den Gruppen. Tribalismus und Vetternwirtschaft hingegen haben zugenommen: Ressourcen und Jobs gehen meist an die Familien oder Gemeinden derjenigen, die sie verteilen. Wären mehr Vertreter\*innen kulturell und geografisch entfernter ethnischer Gruppen in einer Countyregierung, wäre es weniger einfach, die eigene Gemeinde durch die dem jeweiligen County zugewiesenen Mittel zu bereichern.

### **Wie hat die Dezentralisierung die Verteilung von Ressourcen und Dienstleistungen in den verschiedenen Countys verändert?**

Vor Einführung des dezentralen Systems fühlten sich Menschen in vielen Regionen ausgegrenzt und wünschten sich Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen in Wohnortnähe. Die meisten Ressourcen, etwa öffentliche Einrichtungen wie Krankenhäuser und Schulen, befanden sich in städtischen Zentren.

Seit der Dezentralisierung hat jedes County die gleichen Chancen, wichtige Infrastrukturen aufzubauen, da die Ressourcen gleichmäßig verteilt werden. Einige Countys expandieren und investieren in vielen Bereichen. Dennoch gibt es weiterhin Probleme mit der Qualität und Effizienz einiger Dienstleistungen. Das liegt auch an der weit verbreiteten Korruption und Fehlallokation von Ressourcen.

### **Welche Maßnahmen wurden insbesondere im Hinblick auf die lokalen Regierungen ergriffen, um Rechenschaftspflicht und Transparenz zu gewährleisten?**

Es gibt keine geeigneten Maßnahmen – das ist die größte Herausforderung für das System. Stattdessen werden meiner Meinung nach viele Ressourcen verschwendet, etwa durch die Duplizierung von Stellen, damit Familie und Freunde einen Posten bekommen.

Gewisse Dienstleistungsabläufe für die Bürger\*innen sind ebenfalls nicht optimal. Beispielsweise wählen wir Senator\*innen, die den Gouverneuren unterstellt sind. Sie sollen eng mit den Bürger\*innen zusammenarbeiten und deren Beschwerden weiterleiten – nur haben sie oft nicht einmal ein Büro, wohin man kommen kann. Das Hauptproblem ist aber, dass es dem dezentralen System immer noch an einer definierten Struktur, Standardverfahren und klaren Rollenbeschreibungen fehlt.

### **Gibt es Sektoren oder Bereiche, wo sich klare Vorteile der Dezentralisierung zeigen?**

Die Dezentralisierung hat sich durchaus bewährt, vor allem im Gesundheitssektor. Einige Countys haben neue Gesundheitseinrichtungen eingeführt und die medizinische Versorgung verbessert. In allen 47 Countys gibt es jetzt grundlegende medizinische Ausrüstung. Die Dezentralisierung hat es auch möglich gemacht, kommunale Gesundheitshelfer\*innen einzusetzen, wodurch die lokalen Regierungen besser auf bestimmte medizinische Notfälle auf Gemeindeebene reagieren können.

Auch die Entwicklung der Infrastruktur hat sich positiv ausgewirkt. Allerdings ist viel Geld in Bau und Instandhaltung von Straßen geflossen. Die Countys beantragen gerne Mittel für die Infrastruktur, weil diese Töpfe gut gefüllt sind, dabei wäre Entwicklung in anderen Bereichen vielleicht nötiger. Im Bildungsbereich etwa fokussieren die Countys eher den Trend zur frühkindlichen Förderung und ignorieren Lehrer\*innenmangel und Infrastrukturprobleme auf den weiterführenden Ebenen.

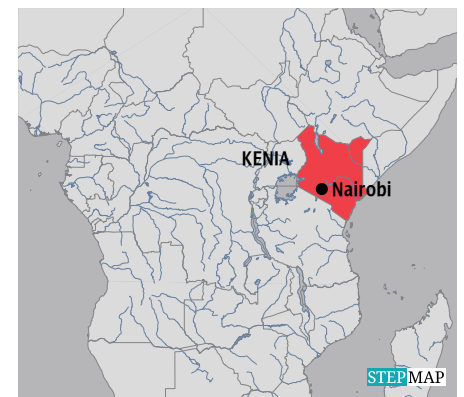
### **Gibt es innovative oder erfolgreiche Initiativen auf Countyebene, die anderen Regionen oder Ländern, die eine Dezentralisierung erwägen, als Vorbild dienen könnten?**

In den zehn Jahren seit Einführung des dezentralen Systems haben einige Countys

erstaunliche Innovationen hervorgebracht, bei denen die Menschen vor Ort eine wichtige Rolle gespielt haben. Ihre Regierungen gaben ihnen eine Plattform für Vorschläge zur Förderung der Selbstständigkeit, wodurch die steigende Arbeitslosigkeit bekämpft werden könnte. Zwei Countys, die das gut gemacht haben, sind Makueni und Kitui. Sie liegen in den östlichen semiariden Regionen Kenias, haben mit finanzieller Hilfe ihrer Regierungen eine Mango- bzw. Lederindustrie aufgebaut und nutzen dafür die jeweiligen regionalen Ressourcen, örtlichen Gegebenheiten und kulturelles Wissen. Dies hat Arbeitsplätze geschaffen und die Eigenständigkeit gestärkt.

### **Was können andere Länder, die Dezentralisierung als Mittel für Regierungsführung und Entwicklung nutzen wollen, Ihrer Meinung nach vom kenianischen Beispiel lernen?**

Ich halte die Einführung dieses Konzepts für eine gute Entscheidung. Entwicklung muss auf lokaler Ebene stattfinden. Auch hat das Konzept das Potenzial für mehr direkte Demokratie und kann so gleichzeitig



die Demokratie auf nationaler Ebene stärken. Dezentralisierung kann ebenso den Handel zwischen Regionen fördern, von denen etwa einige eher Landwirtschaft, andere eher Viehzucht betreiben. Dies wird langfristig auch ein Gefühl der Einheit fördern – und das braucht es nicht nur in Kenia.



**MOSES LUBABALI** ist ein ehemaliger Mitarbeiter der kenianischen Regierung. Er arbeitete für das Bildungsministerium.

[moseslubabali@gmail.com](mailto:moseslubabali@gmail.com)

MACHTMISSBRAUCH

# Korruption international bekämpfen

**Korruption untergräbt Demokratien und stützt Autokratie. Im Kampf gegen sie gibt es zwar Fortschritte, gleichwohl besteht international großer Nachholbedarf.**

Von Bernhard Amler und Christoph Kowalewski

Weltweit nehmen Demokratie und Freiheit schon seit 17 Jahren in Folge ab, wie die NGO Freedom House in ihrem Report „Freedom in the World 2023“ feststellt.

und insgesamt antidemokratische Bewegungen. Dennoch ist Korruption in all ihren Schattierungen einer der wichtigsten Gründe. Wo sich politische Rechte und bürgerliche Freiheiten verschlechtern, nimmt Machtmissbrauch zum persönlichen Vorteil zu.

Korruption untergräbt Demokratie, indem sie das Vertrauen der Öffentlichkeit in Institutionen zerstört und politische Entscheidungsfindung im Interesse einiger weniger manipuliert. Sie führt dazu, dass

Autokratische Regime leben von systemischer Korruption in großem Umfang, bis hin zu „state capture“, der Vereinnahmung staatlicher Institutionen durch private Interessen. Die G7 sprechen deshalb von Kleptokratien. In autoritären Systemen ist Macht institutionell konzentriert, und demokratische Kontrollmechanismen fehlen, was Machtmissbrauch wahrscheinlicher macht. Demokratische Institutionen hingegen verteilen Macht. Autokraten – fast alle von ihnen sind Männer – sehen Korruptionsbekämpfung als Bedrohung an, weil sie ihren Einfluss schwächt, auch im Ausland.

All das ist nicht neu, hat aber an Relevanz gewonnen, weil wir laut Democracy Index der Economist Intelligence Unit in den vergangenen Jahren immer mehr Länder an autoritäre Führer und Kleptokraten verlieren. Ebenfalls nicht neu ist, dass Populist\*innen mit Antikorruptionsversprechen an die Macht kommen, nur um dann Korruptionsbekämpfung und demokratische Institutionen zu untergraben, um ihre Macht zu festigen.

## KORRUPTION IM KLEINEN UND GROSSEN STIL

In vielen Gesellschaften verfangen Korruptionsvorwürfe gegen „die da oben“, während der Alltag der Menschen geprägt ist von „petty corruption“ – kleine Beträge, die einfache Bürger\*innen zahlen müssen, um öffentliche Dienstleistungen wie Behördentermine zu erhalten. Dies grenzt insbesondere marginalisierte Gruppen weiter aus und trägt zur Normalisierung systemgefährdender Formen der Korruption bei. Dazu zählt „grand corruption“: der Aufbau kleptokratischer Strukturen, die es ermöglichen, Staatsgelder umzuleiten, unter Beteiligung hochrangiger Staatsbediensteter und Politiker\*innen. Das kann zu massiven Schäden führen, darunter grobe Menschenrechtsverletzungen.

Grand corruption gefährdet auch Länder, deren gesellschaftlicher Alltag als wenig korrupt gilt. In Georgien wird beispielsweise eine spezielle Form der grand corruption deutlich, die „strategische Korruption“: Eine Interessengemeinschaft aus lokalen Oligarchen und der Hegemonialmacht Russland versucht hier, die gesellschaftliche, demokratische Entscheidung einer Annäherung an die EU zu untergraben.



Antikorruptionsproteste in Guatemala im September.

Der Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International (TI) zeigt in den vergangenen Jahren global eher Stagnation als Fortschritt. Zwar gibt es viele, häufig länderspezifische Ursachen für populistische Regierungen, Autokratien, Militärregime

Mechanismen zur Rechenschaftslegung ausgehebelt werden. Außerdem verzerrt sie die Märkte und den gerechten Zugang zu Dienstleistungen, vergrößert Ungleichheit und schafft Unsicherheit sowie Instabilität (TI, 2021).

Autoritäre Regime setzen strategische Korruption in großem Umfang ein; unter anderem gegen westliche Demokratien, aber auch zur Durchsetzung ihrer Interessen in Ländern des globalen Südens. Ziel ist es, Entscheidungsträger\*innen für die eigenen geopolitischen Ziele zu vereinnahmen, demokratische Institutionen und ganze Gesellschaften zu destabilisieren und deren nationale Sicherheit zu unterminieren. Strategische Korruption ist auf langfristige Einflussnahme ausgelegt und auch Teil des nichtmilitärischen Arsenal moderner Kriege („hybride Kriegsführung“). Wie das Beispiel Ukraine zeigt, dient sie auch der Vorbereitung von Angriffskriegen.

Tatsächlich versucht jedes Land dieser Welt, mit seiner Außen-, Wirtschafts- und Sicherheitspolitik die Umstände zum eigenen Vorteil strategisch zu beeinflussen. Der wesentliche Unterschied liegt in den Mitteln (Korruption) und den Zielen (Destabilisierung). Es ist deshalb nur recht und billig, wenn in Ländern des globalen Südens auch Interventionen westlicher Industrienationen nach diesen Kriterien bewertet werden. Und „der Westen“ ist gut beraten, sich demokratischer Willensbildung zu unterwerfen und jegliche Art der Korruption zu unterbinden. Stattdessen werden eigene Korruptionsrisiken ungern adressiert, was Länder wie Deutschland angreifbar macht.

## GELD FLIESST IN STEUEROASEN

Was die großen Formen der Korruption auszeichnet, sind der enorme Schaden für viele einerseits und der enorme Zuwachs an Macht und Reichtum Einzelner andererseits. Kennzeichnend ist, dass diese Gelder in großem Umfang in sogenannte Steueroasen, aber vor allem auch in westliche Länder transferiert und dort angelegt werden. Illegale grenzüberschreitende Finanzströme und Geldwäsche ermöglichen somit Korruption.

Der Nachholbedarf in der Bekämpfung ist eklatant. Wie die Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF) 2022 berichtete, ist etwa Deutschland ein beliebter Zielhafen für Geld aus der ganzen Welt, das aus Organisierter Kriminalität und kleptokratischen Systemen stammt. Es lässt sich hierzulande dank Verschleierungsmöglichkeiten vielfältig anlegen. Hinzu kommen eine unzureichende Rückführung beschlagnahmter Vermögenswerte und Gelder sowie ausbleibende Entschädigungszahlun-

gen an betroffene Gruppen. Demokratische Staaten müssen hier dringend ihre Instrumente zur Rechtsdurchsetzung prüfen und anpassen. Vielfach fehlen Kapazitäten zur Durchsetzung, teils könnte man auch am Willen dazu zweifeln.

## INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT ALS SCHLÜSSEL

Die Halbzeitbilanz der Agenda 2030 zeigt, dass die Weltgemeinschaft weit hinter ihren Zielen zurückliegt. Korruption wird dabei in der Regel nicht adäquat berücksichtigt. Korruptions- und Geldwäschebekämpfung müssen daher als Voraussetzung zum Errei-

„Was die großen Formen der Korruption auszeichnet, sind der enorme Schaden für viele einerseits und der enorme Zuwachs an Macht und Reichtum Einzelner andererseits. Kennzeichnend ist, dass diese Gelder in großem Umfang in sogenannte Steueroasen, aber vor allem auch in westliche Länder transferiert und dort angelegt werden.“

chen der Agenda 2030 klar identifiziert und adressiert werden, und zwar im Kontext aller 17 UN-Nachhaltigkeitsziele (SDGs – Sustainable Development Goals). Es gilt, den sogenannten SHE-Kreislauf zu unterbrechen: Steal-Hide-Enjoy. Solange Geldwäsche, also das Verschleiern illegalen Ursprungs (Hide), möglich ist, bleibt Korruption attraktiv als die Weise, auf die gestohlen wird (Steal). Erst wenn wir Investitionsmöglichkeiten für schmutziges Geld systematisch und effektiv verhindern, reduziert sich der Anreiz für Korruption, weil der Genuss der Gelder (Enjoy) eingeschränkt wird.

International gibt es auch Fortschritte. Korruption ist mittlerweile global strafbar und überwiegend geächtet. Die USA und die G7 haben sich dezidiert dem Kampf gegen transnationale Korruption verpflichtet. Und Erfolge etwa in Guatemala sind ein Beispiel dafür, was möglich ist, wenn Korruptionsbekämpfung Priorität hat und von der internationalen Staatengemeinschaft unterstützt wird. Irritierend ist aber die Zurückhaltung,

auch von Ländern wie Deutschland, Korruptionsbekämpfung klar zu priorisieren. Es bedarf dazu umfassender nationaler Anstrengungen und der Umsetzung verbindlicher internationaler Vereinbarungen. Die Stärkung der internationalen Zusammenarbeit, um illegitime Finanzflüsse und Korruptionsvergehen aufzudecken, muss sich in nationalen Gesetzen niederschlagen.

Eine starke Zivilgesellschaft, freie Medien und eine unabhängige Justiz sind Grundlagen einer resilienten Demokratie. Demokratische Staaten sollten deshalb:

- die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Politik fördern,
- länderspezifische Antikorruptionsmaßnahmen erarbeiten,
- Sanktionsmechanismen etablieren,
- Verantwortliche in Politik und Wirtschaft sensibilisieren,
- staatliches Handeln transparenter machen, etwa mit einer umfassenden Rechenschaftspflicht sowie Lobby- und Transparenzregistern und
- unabhängige, investigative Medien stärken und Whistleblower schützen.

Neben der Priorisierung der Korruptionsvorbeugung und -bekämpfung auf Regierungsebene ist eine nationale Antikorruptionsstrategie zu erarbeiten, um alle Maßnahmen aufeinander abstimmen zu können und einen klaren Fahrplan zu haben. Letztlich gilt es, Korruption auch als Bedrohung nationaler Sicherheitsinteressen konsequent anzuerkennen und anzugehen.

## LINKS

**TI: Korruptionswahrnehmungsindex 2022.**

<https://www.transparency.org/en/cpi/2022>

**TI, 2021: Addressing corruption as a driver of democratic decline.**

<https://www.transparency.org/en/publications/summit-for-democracy-2021-addressing-corruption-democratic-decline>



**BERNHARD AMLER**  
gehört dem Vorstand von  
Transparency International  
Deutschland (TID) an.  
[bamler@transparency.de](mailto:bamler@transparency.de)



**CHRISTOPH KOWALEWSKI**  
ist Mitglied der Arbeitsgruppe  
Staatliche Entwicklungszusammenarbeit bei TID.  
[ckowalewski@transparency.de](mailto:ckowalewski@transparency.de)

REGIONALER WIRTSCHAFTSBLOCK

## „Eure eklatante Doppelmoral“

Die Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten (ECOWAS – Economic Community of West African States) hat seit 2021 eine Reihe erfolgreicher Militärputsche in Guinea, Mali, Burkina Faso und Niger verzeichnet. Im Interview schätzt der ghanaische Politikwissenschaftler Vladimir Antwi-Danso westafrikanische Perspektiven für Demokratie und wirtschaftliche Integration ein.

Vladimir Antwi-Danso interviewt von Hans Dembowski

### Verändern die neuen Militärregierungen das Wesen der ECOWAS?

Diese regionale Organisation ist eine Familie von Nationen, die von wirtschaftlicher Integration und entsprechenden Synergien profitieren will. Wir mussten früh lernen, dass diese Ambition eine Sicherheitsdimension hat, denn in den 1980er- und 1990er-Jahren tobten Bürgerkriege in einigen Mitgliedsländern. Die ECOWAS entwickelte Sicherheitsmechanismen und bekam die Gewalt in den Griff. Mittlerweile gibt es aber neue Gefahren. Der Terrorismus hat zugenommen und führt, von der internationalen Arena ausgehend, zu innerstaatlichen Problemen. Bislang fehlt es der ECOWAS an Gegenmitteln. In dieser Lage erleben wir nun, was ich „systemische Staatsstrieche“ nenne. In den Augen vieler sind sie aus zwei Gründen akzeptabel: Sie verhindern die Implosion des jeweiligen Staates, und ihre Anführer sind hochrangige Generäle. Obendrein fließt praktisch kein Blut, und die Bevölkerung unterstützt das Militär. Folglich fällt es der ECOWAS schwer, einzugreifen.

### Heißt das, die neuen Regime sind demokratisch legitim?

Die Antwort ist Ja und Nein. Sie sind legitim, weil sie einen Staatskollaps verhindern, aber nicht in dem Sinn, dass eine gewählte Regierung entfernt werden dürfte. Die Lage ist paradox. Was immer das Militär tut, es macht etwas falsch.

### Wir sehen Fernhebilder aus den Hauptstädten. Vielleicht genießen die Putschisten

### im ländlichen Raum nicht dieselbe Unterstützung.

Das mag sein, aber es kommt auf die großen Städte an. Die Landbevölkerung hat praktisch keinen Einfluss. Auch gewählte Regierungen kümmern sich meist kaum um ihre Wünsche und Bedürfnisse.

### Plagt die große Kluft zwischen formaler Staatstätigkeit und dem Leben in abgelegenen Dörfern ganz Westafrika?

soll. Das ist aber die Ausnahme, nicht die Norm. In allen Putschländern Westafrikas gibt es große unregierte Gegenden voller wütender junger Männer. Das Machtvakuum füllen bewaffnete Gangs, Kriegsherren und Terroristen. Teils bieten sie sogar Erwerbsperspektiven. Historische Konflikte zwischen ethnischen Gruppen schwelen derweil problemverschärfend weiter.

### Ist Religion ein Problem – Islamisten behaupten ja, für den Glauben zu kämpfen?

Nein, der Religion lässt sich Terrorismus nicht vorwerfen. Sie wird von den Gewalttätern manipuliert. Sie nutzen die Ablehnung der kosmopolitischen Hauptstadtkultur und beanspruchen, anders zu sein. Der Name der nigerianischen Terrororga-



„In der ganzen muslimischen Welt kochen die Gefühle hoch.“ Pro-Palästina-Demonstration in Dakar während der Gaza-Krise von 2014.

Ganz Afrika, würde ich sagen. Die Behörden sind in den Städten, und außerhalb der großen Zentren bleiben weite Landstriche unregiert. In Ländern wie Ghana oder Kenia, wo Institutionen im gesamten Staatsgebiet wirksam sind, ist es etwas besser, weil auch ländliche Gemeinschaften eine Vorstellung davon haben, was der Staat für sie leisten

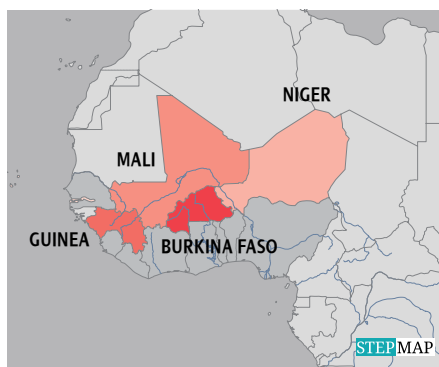
nisation Boko Haram bedeutet denn auch: „Westliche Bildung ist böse“. Agitation fällt leicht mit der Behauptung, andere wollten Menschen unseres Glaubens töten. Ich möchte aber ganz klar sagen: Der Koran fordert nichts von dem, was da passiert, und die meisten Terroristen haben die heiligen Schriften auch nicht ernsthaft gelesen.

## Wirkt sich die Gaza-Krise auf Westafrika aus?

Ja, in der ganzen muslimischen Welt kochen die Gefühle hoch. Die Menschen denken, „die“ Juden und Jüdinnen wollten Angehörige des islamischen Glaubens töten. Dass westliche Regierungen Israel bedingungslos unterstützen, verschärft die Lage. Zu Recht bezeichnet ihr die russische Flächenbombardierung der Ukraine als Kriegsverbrechen. Aber wenn ähnliche Bombenflüge Israels in drei Wochen rund 8000 Menschen, einschließlich 3000 Kinder, töten, sprecht ihr vom Selbstverteidigungsrecht. Eure eklatante Doppelmoral schadet eurem Ansehen.

## Aber Israel bekämpft tatsächlich Terroristen – und das Kriegsrecht fordert nur, dass ausschließlich militärisch relevante Ziele angegriffen werden, aber nicht, dass jedes zivile Leben geschont wird.

Richtig, aber woher wissen wir, ob Israel nur militärisch relevante Ziele beschießt? Die Rhetorik ist abscheulich. Manche israelischen Spitzenleute reden von „menschlichen Tieren“ oder der Notwendigkeit einer weiteren „Nakba“, wie die Massenvertreibung hunderttausender palästinensischer Menschen 1948 auf Arabisch heißt. In muslimischen Augen weltweit sieht es nach Kollektivbestrafung aus, wenn mehr als 2 Millionen Menschen von Wasser, Strom, Lebensmitteln und Arzneimitteln abgeschnitten werden. Westliche Regierungen beschuldigen alle, welche die Netanjahu-Regierung kritisieren, des Antisemitismus. Dabei ist nichts an Israels tödlichen Militäraktionen spezifisch jüdisch. Viele prominente Juden und Jüdinnen sind mit dieser Strategie nicht einverstanden, und sie äußern ihre Sicht in internationalen Zeitungen wie dem Guardian oder der New York Times. Tatsächlich ist Israelkritik noch nicht einmal unbedingt antizionistisch, denn wer auf der Zweistaatenlösung beharrt, erkennt das Existenzrecht Israels an. Eure Spitzenpolitiker\*innen wollen, dass jede\*r die Hamas verurteilt, die tatsächlich eine abscheuliche Gewaltorganisation ist. Sie wären aber glaubwürdiger, wenn sie nicht seit Langem dazu schwiegen, wie Israel internationales Recht bricht. Es ist illegal, permanente Siedlungen auf besetztem Land zu bauen. Westliche Regierungen predigen Menschenrechte, aber sie gehen nicht darauf ein, was Amnesty International und



Human Rights Watch Israels Apartheid nennen. Sie werfen den zivilgesellschaftlichen Gruppen Antisemitismus vor, äußern sich aber nicht zu der detaillierten juristischen Argumentation.

## Haben die EU und ihre Mitglieder in der gesamten ECOWAS Vertrauen verloren?

Ihr Ansehen sinkt jedenfalls schnell. Selbst ich als Wissenschaftler traue der EU und den UN immer weniger. Allzu oft helfen uns internationale Regeln nicht. Warum hatten wir in der Corona-Pandemie keinen Impfstoff, obwohl laut den Regeln der Welthandelsorganisation intellektuelles Eigentum die Gesundheitspolitik nicht behindern darf? Warum ist es okay, wenn US-Regierungen angebliche Terroristen im Ausland ohne Prozess hinrichten lassen? Warum sind Menschenrechte egal, wenn jemand im Mittelmeer treibt? Diese Liste ließe sich fortsetzen.

## Heißt das, dass Afrikaner\*innen nicht mehr an Demokratie glauben?

Das große Problem ist, dass gewählte Regierungen in Afrika überwiegend nicht geliefert haben, was die Leute brauchen. Der Mangel an Infrastruktur, sozialen Diensten und Lebenschancen ist bedrückend. Zu viele Menschen denken, es sei egal, wem sie ihre Stimme geben.

## Gibt es etwas, was die EU und ihre Mitglieder tun sollten?

Es wäre gut, wenn die EU einen Plan mit Lösungen für riesige Weltprobleme formulieren würde. Ich bezweifle aber, dass sie die nötige gemeinsame Entschlusskraft und Handlungsfähigkeit hat. Die Welt hat keine internationale Führung, und die USA haben jeden Anspruch darauf verspielt. Vielleicht wird China sich der Aufgabe stellen.

Wenn ich mir Chinas Allianzen, wie etwa die BRICS, anschau, sehe ich kaum Kohärenz. Das Einzige, was Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika verbindet, ist die Ablehnung des Westens. Derweil ist chinesische Politik für Entwicklungsländer oft schmerzhaft – etwa, wenn Peking Schuldenerlass ablehnt.

Das stimmt. Die Welt steht auf der Kippe, aber niemand bietet brauchbare Lösungen an.

## Gilt das auch für die ECOWAS – sie steht ohne Lösungsperspektive auf der Kippe?

Ich halte die Desintegration dieses regionalen Blocks für möglich, wenn ein Land nach dem anderen abrückt. Die Reaktion auf die Militärputsche war insofern problematisch, als sie die neuen Regime ein Stück weit in eine Allianz gedrängt hat. Es war bizarr, wie ECOWAS-Spitzenleute sich auf ein gemeinsames Protokoll von 2001 beriefen, das nicht verfassungsgemäße Regierungswechsel untersagt, obwohl sie systematisch geschwiegen hatten, wenn zivile Regierungspolitiker\*innen Verfassungen manipulierten. Alassane Ouattara, der Präsident der Côte d'Ivoire, ermahnte peinlicherweise malische Gesprächspartner\*innen, sich an die Verfassung zu halten, nachdem er sich selbst eine weitere, von seiner Verfassung nicht vorgesehene Amtszeit gegönnt hatte. Dass viele Leute jetzt denken, die ECOWAS agiere bei Versuchen, Militärregime einzuhegen, im westlichen Auftrag, macht die Dinge nicht leichter. Zu wenige Menschen verstehen, dass Westafrika als Ganzes legitime und wirksame Regierungsführung braucht, was aber autoritäre Herrschaft vermutlich nicht leistet. Es ist jedoch schwer, diese Botschaft zu vermitteln, weil gewählte Regierungen das ebenfalls nicht geleistet haben. Jegliche Schwächung oder gar Desintegration der ECOWAS erschwert aber die wirtschaftliche Integration, die wir für mehr Wohlstand brauchen. Und das geht über Westafrika hinaus. Ohne die ECOWAS kann es Afrikas kontinentale Freihandelszone nicht weit bringen.



vladanso@yahoo.com

**VLADIMIR ANTWI-DANSO**  
ist Dekan und akademischer  
Direktor des Ghana Armed  
Forces Command & Staff  
College (GAFCS) in Accra.



Der indische Premierminister Narendra Modi und US-Präsident Joe Biden beim G20-Gipfel in Neu-Delhi im September.

VEREINIGTE STAATEN

## Gefährdete Demokratie

**US-Präsident Joe Biden sagte, die Welt stehe in einem Wettstreit zwischen Demokratie und Autokratie. Aber wie schon seine Vorgänger kooperiert auch seine Regierung im Ausland oft mit autoritären Führern. Im Inland untergräbt die Minderheitspartei demokratische Institutionen, um an der Macht zu bleiben.**

Von Claire Davis

Seit seinem Wahlkampf gegen den damaligen Präsidenten Donald Trump sprach Joe Biden oft von einem weltweiten „Kampf zwischen Demokratie und Autokratie“. In einer Rede zur Außenpolitik im Jahr 2019 warf er Trump vor, grundlegende demokratische Prinzipien zu missachten und damit die Stellung der USA in der Welt zu gefährden. Statt sich von „Brusttrommeln“ und „Twitter-Wutanfällen“ leiten zu lassen, soll-

te die US-Außenpolitik „unsere Sicherheit, unseren Wohlstand und unsere demokratischen Werte verteidigen und fördern“.

Schwierig ist, dass Sicherheit, Wohlstand und demokratische Werte oft miteinander in Konflikt geraten. Die USA stellen schon lange nationale Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen über demokratische Belange. Im Kalten Krieg verbündeten sie sich mit Autokraten wie Ferdinand Marcos (Philippinen) und François Duvalier (Haiti), um Kommunismus und sowjetische Einflüsse einzudämmen.

### KOMPROMISS UND EINDÄMMUNG

Heute gehen die USA ähnliche Kompromisse ein, um China in Schach zu halten. Der indische Premier Narendra Modi verfolgt seine Gegner und brachte das Land

einer Einparteienherrschaft näher. Seine Regierung hat die Unabhängigkeit der Justiz ausgehöhlt und die Menschenrechte nichthinduistischer Minderheiten gefährdet. Trotzdem empfing Biden Modi im Juni 2023 im Weißen Haus. Die Länder schlossen trotz Protesten etliche Wirtschaftsverträge ab. Die Regierung Biden sieht Indien militärisch wie ökonomisch als Bollwerk gegen China.

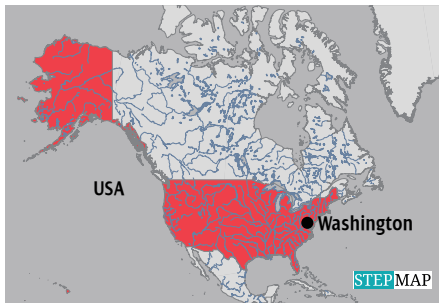
Die USA zeigten sich auch bereit, mit Saudi-Arabien zu kooperieren. Zu Beginn seiner Amtszeit forderte Biden angesichts der Menschenrechtsverletzungen des Landes im Jemenkrieg, Waffenverkäufe an Saudi-Arabien zu stoppen. Sie wurden aber fortgesetzt; noch im September 2023 genehmigte das US-Außenministerium laut Defense Security Cooperation Agency Verkäufe im Wert von 500 Millionen Dollar.

Die Regierung Biden hat wiederholt gezeigt, dass sie Saudi-Arabien für strategisch zu wichtig hält, um die Beziehungen aus moralischen Gründen zu kappen. Die saudische Ölproduktion wirkt sich auf die Benzinpreise in den USA aus – und hohe Benzinpreise könnten Bidens Chancen auf eine Wiederwahl 2024 schaden. US-Beamt\*innen setzten sich in letzter Zeit zudem für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Israel ein, auch um Chinas Einfluss in der Region zu begrenzen. Man wird sehen, ob sich Bidens Bereitschaft, demokratische Werte zu übergehen, lohnt – die Ölpreise sind weiter hoch, und die saudisch-israelischen Beziehungen haben durch den aktuellen Krieg mit der Hamas gelitten.

Wie ihre Vorgänger hat auch die Regierung Biden mit wenig bis gar nicht demokratischen Ländern wie Israel, Ägypten, der Türkei, Polen, den Philippinen und den Vereinigten Arabischen Emiraten kooperiert. Bidens Rhetorik täuscht über den der US-Außenpolitik schon immer eigenen Pragmatismus hinweg. Egal ob Biden vereinfacht oder heuchelt, es wäre gut, Verbündete und Gegner konsequenter zu behandeln und nicht Missstände in einem Land anzuprangern und im anderen zu ignorieren. Vieles wird jedoch durch den demokratischen Rückschritt der USA selbst erschwert. Laut Liberal Democracy Index of Varieties of Democracy, der den größten globalen Datensatz zu Demokratie erstellt, haben die USA im letzten Jahrzehnt eine massive Autokratisierung erlebt. Die Polari-

sierung und die Versuche einer der beiden großen Parteien, unbedingt an der Macht zu bleiben, verschärfen die strukturellen Defizite der US-Demokratie zusätzlich.

Trotz der Art und Weise, wie sie sich im Ausland positioniert, hatte die US-Regierung schon immer ein ambivalentes Verhältnis zur Demokratie. Es gibt viele Hürden für eine Mehrheitsregierung. Als das Land im 18. Jahrhundert gegründet wurde, befürchtete die Regierung, die Menschen wären nicht informiert genug, um Kandidat\*innen für nationale Ämter direkt zu wählen. Wenn US-Amerikaner\*innen ein Staatsoberhaupt wählen, wählen sie eigentlich Wahlleute. In jedem Bundesstaat geben diese ihre Stimme auf Basis der Person, die die Volksabstimmung gewonnen hat, ab. In den meisten Bundesstaaten gilt das „Winner-takes-all“-Prinzip: Gewinnt



ein\*e Kandidat\*in die Volksabstimmung in Florida, so erhält er\*sie alle 30 Stimmen der Wahlleute Floridas. Die Stimmen derer, die für den\*die unterlegene\*n Kandidaten\*in gestimmt haben, sind somit im Grunde ungültig. Zudem kann es passieren, dass ein\*e Kandidat\*in die landesweite Abstimmung gewinnt, aber nicht genügend Stimmen der Wahlleute für die Präsidentschaft erhält. Oder andersherum: Sowohl George W. Bush 2000 als auch Donald Trump 2016 verloren die Volksabstimmung und wurden trotzdem Präsidenten.

Auch im Senat, dem Oberhaus der amerikanischen Legislative, zählen die Stimmen der Bürger\*innen nicht gleich. Jedem Bundesstaat sind zwei Senator\*innen zugeteilt – weniger bevölkerte Staaten haben somit verglichen mit Staaten mit hoher Bevölkerungszahl unverhältnismäßig viel Einfluss. So vertritt jede\*r Senator\*in des Bundesstaates Wyoming etwa 290 000 Menschen. In Kalifornien sind es im Ge-

gensatz dazu etwa 20 Millionen Menschen. Trotzdem sind ihre Stimmen im Senat gleich stark. In den letzten Jahren stimmten Bürger\*innen der bevölkerungsreichen Bundesstaaten eher für die Demokraten, die Partei des linken Flügels der USA. Wähler\*innen in den bevölkerungsärmeren Staaten tendierten zu den Republikanern, der Partei des rechten Flügels. Da es mehr bevölkerungsarme Bundesstaaten gibt, wurde es für die Republikaner einfacher, eine Minderheit der Amerikaner\*innen zu vertreten und dennoch eine Mehrheit im Senat zu haben.

## REPUBLIKANISCHER AUFSTAND

Der strukturelle Vorteil der Republikaner im Senat ist relevant, weil diese Partei auf verschiedenen Wegen versucht, die Demokratie zu untergraben. Im Senat kann die Minderheitspartei mittels der sogenannten Filibuster-Taktik Abstimmungen über strittige Gesetze verzögern. Um eine solche Blockade zu verhindern, braucht es 60 von 100 Stimmen im Senat – eine große Hürde im polarisierten politischen Klima von heute. In der Vergangenheit setzten republikanische Senator\*innen den Filibuster etwa ein, um Gesetze gegen Lynchjustiz und Bürgerrechtsgesetze zu blockieren. Kürzlich verhinderten sie einen Gesetzesentwurf zum Wahlrecht, der einige der von den Republikanern abgebauten Schutzmaßnahmen für das Wahlrecht wiederhergestellt hätte. Kritische Stimmen sagen, die Republikaner wollen das Wahlrecht für schwarze und lateinamerikanische Wähler\*innen, die eher Demokraten wählen, erschweren. Die Wählerschaft der Republikaner ist meist weiß – der überproportionale Einfluss der Republikaner im Senat bedeutet also auch, dass die Interessen dieser Wähler\*innen überrepräsentiert sind.

Republikanische Gesetzgeber wollten besonders die Stimmabgabe nach den Präsidentschaftswahlen 2020 einschränken. Ex-Präsident Donald Trump verlor die Wahlen und die Volksabstimmung gegen Joe Biden. Rechte Gruppen und einige Republikaner\*innen akzeptierten das nicht, sondern sprachen von Wahlbetrug. Das Ganze spitzte sich zu, als Trump-Anhänger\*innen am 6. Januar 2021 das US-Kapitol stürmten, um eine Auszählung der Stimmen der Wahlleute zu verhindern. Beim schwersten Angriff auf das Gebäude,

seit es die Briten im Krieg von 1812 niedergebrannt hatten, wurden fünf Menschen getötet und 140 verwundet. Beweise für Wahlbetrug wurden nicht gefunden. Gegen Trump wurde wegen wiederholter Versuche, das rechtmäßige Wahlergebnis von 2020 zu kippen, Strafanzeige erstattet. Obwohl klar war, dass Trump Verbrechen begangen hatte, brauchte das Rechtssystem sehr lange, um ihn anzuklagen (siehe André de Mello e Souza in dieser Ausgabe). Es kann sein, dass es nicht gelingt, Trump vor der nächsten Wahl zu verurteilen.

Die Zukunft der US-Demokratie ist schwer vorherzusagen. Einerseits können sich US-Amerikaner\*innen mit der Tatsache trösten, dass Wahlbetrug weitgehend eine Fiktion ist. Andererseits ist das Vertrauen in die Integrität der Wahlen erschüttert. Die Republikaner scheinen zunehmend jede Wahl, die sie verlieren, in Frage zu stellen. Trump hat bereits einen Putschversuch unternommen. Wird er nicht zu einer langen Gefängnisstrafe verurteilt, so ist nicht ersichtlich, warum er es nicht erneut versuchen könnte.

Biden kann es sich jedoch weder leisten, die gesamte Republikanische Partei zu verprellen, noch Länder zu ignorieren, die nicht seinen demokratischen Idealen entsprechen. Die Republikanische Partei hat sich von einer Antisklaverei-Partei im 19. Jahrhundert zu einer Verfechterin des Großkapitals und einer schlanken Regierung im 20. Jahrhundert entwickelt und schließlich, im 21. Jahrhundert, zu einem Instrument von Trumps Chaos. Aber nicht alle republikanischen Funktionär\*innen und Wähler\*innen sind begeistert von seinem Einfluss. Biden hat Bereitschaft gezeigt, auf diese Menschen zuzugehen. Die Demokratische Partei aber hat sich allgemein wenig mit dem Frust befasst, der Trump überhaupt erst an die Macht brachte. Um gegen die Gefährdung der US-Demokratie vorzugehen, müssten beide Parteien ihr Versagen zugeben – das würde die USA auch im Ausland glaubwürdiger machen.



**CLAIRE DAVIS**  
ist freiberufliche Übersetzerin  
und arbeitet seit 2013 für  
D+C/E+Z. Derzeit  
unterrichtet sie außerdem

Deutsch an der Truman State University in  
Missouri, USA.

[clairemdavis1983@gmail.com](mailto:clairemdavis1983@gmail.com)



Jair Bolsonaro und Donald Trump 2019 in Washington.

AUTORITÄRE FÜHRER

## Brasilien hat die Demokratie wirksamer verteidigt als die USA

**Donald Trump und Jair Bolsonaro verfolgten ähnliche Strategien, aber Brasilien reagierte schneller und entschlossener auf die Bedrohungen der Präsidentschaftswahlergebnisse als die Vereinigten Staaten.**

**Von André de Mello e Souza**

Sowohl Donald Trump als auch Jair Bolsonaro stellten als Präsidenten jeweils eine Bedrohung für die Demokratie in den USA und Brasilien dar. Analysen zeigen jedoch, dass Brasilien für eine solche Bedrohung viel anfälliger ist als die USA. Die demokratischen politischen Institutionen in den USA gelten als bewährter und stabiler.

Brasilien hat mehrere Zusammenbrüche demokratischer Regierungen erlebt, meist durch militärische Interventionen – zuletzt von 1964 bis 1985. Mit 38 Jahren

ist die brasilianische Demokratie also vergleichsweise jung und war bis in die Nullerjahre von politischer Instabilität geprägt.

Doch nachdem sowohl Trump als auch Bolsonaro ihre Kandidaturen für die Wiederwahl 2020 bzw. 2022 verloren hatten, reagierte Brasilien auf Bolsonaro viel schneller und energischer als die USA auf Trump.

Die beiden Politiker setzten während ihrer Amtszeit ähnliche Strategien ein, um ihre Anhängerschaft zu mobilisieren und die Wahlergebnisse anzufechten. Nach ihren Wahlniederlagen behaupteten beide, die Wahlen seien gefälscht worden.

In den USA stürmte ein Mob am 6. Januar 2021 das Kapitol, um die Abstimmung des Wahlgremiums zu kippen, was fünf Todesopfer und mehr als hundert Verletzte zur Folge hatte. Ähnlich in Brasilien: Hier

stürmte am 8. Januar 2023 ein in Landesfarben gekleideter Mob den Sitz des Obersten Gerichtshofs, den Präsidentenpalast und den Kongress in Brasília. Ziel war es, den demokratisch gewählten Präsidenten Luiz Inácio Lula da Silva stürzen, der sein Amt zu Jahresbeginn angetreten hatte. Etliche Kunstwerke und andere historische Werke wurden im Zuge des Chaos zerstört.

### NACH DEMSELBEN SCHEMA

Die Ähnlichkeiten zwischen den beiden Ereignissen und den von Trump und Bolsonaro angewandten Strategien sind kein Zufall. Bolsonaro versucht gar nicht erst zu verbergen, dass er absichtlich Trumps Vorgehen kopiert hat. Die Folgen ihrer gescheiterten Wahlanfechtungen waren in den USA und in Brasilien jedoch recht unterschiedlich.

Obwohl Trump mit mehreren bundes- und einzelstaatlichen Klagen konfrontiert ist, in denen ihm versuchter Umsturz, Veruntreuung von Staatsgeheimnissen aber auch Bestechung eines Pornostars und Geschäftsbetrug vorgeworfen werden, ist er immer noch der einflussreichste Politiker der amerikanischen Rechten. Trump beteuert seine Unschuld und stellt sich als Opfer politischer Verfolgung dar. So nutzt er die



die Strafverfahren bei der Mobilisierung seiner Anhängerschaft.

Mehr als zwei Jahre nach seiner ersten Präsidentschaft sieht es in den Umfragen so aus, als ob er die republikanische Nominierung für das Präsidentenamt mit großem Vorsprung erneut gewinnen könnte. Die erneute Kandidatur kann er sich unabhängig vom Ausgang der gegen ihn anhängigen Gerichtsverfahren sichern – die amerikanische Verfassung lässt auch straffällig gewordene Personen zur Kandidatur und Wiederwahl zu.

Auch gegen Bolsonaro laufen zahlreiche strafrechtliche Ermittlungen. Neben den Anklagen vom 8. Januar wird ihm unter

„Das brasilianische Wahlsystem hat auch besser verhindert, dass Bolsonaro und seine Anhängerschaft einen langwierigen Kampf um das Wahlergebnis führen konnten.“

anderem vorgeworfen, dass er während der Pandemie öffentlich von Masken abgeraten und Coronaimpfungen mit HIV/AIDS-Infektionen in Verbindung gebracht habe, von der saudischen Regierung gespendete Juwelen veruntreut, seinen eigenen Impfpass gefälscht, die Bundespolizei behindert und vertrauliche Informationen über das Wahlgericht weitergegeben habe.

Weniger als ein Jahr nach seiner Präsidentschaft wurde Bolsonaro jedoch durch zwei Urteile des brasilianischen Wahlgerichts für acht Jahre von allen politischen Ämtern ausgeschlossen. Im Juni 2023 verurteilte ihn das Gericht wegen Machtmissbrauchs, als er gegenüber ausländischen Diplomaten unbegründete Behauptungen über die Zuverlässigkeit des elektronischen Wahlsystems aufstellte. Im Oktober befand ihn das Gericht erneut des Machtmissbrauchs für schuldig, weil er die Feierlichkeiten zum 200. Jahrestag der Unabhängigkeit Brasiliens im vergangenen Jahr für Wahlkampfzwecke nutzte. Bolsonaro kann bis zu den Wahlen im Jahr 2030 – dann wird er 75 Jahre alt sein – nicht erneut kandidieren. Er kündigte an, am Obersten Gerichtshof Berufung einzulegen. Eine Aufhebung ist aber höchst unwahrscheinlich.

Auch die Reaktionen auf die Ereignisse in Brasília und Washington fielen unterschiedlich aus. In Brasília wurden sofort mehrere Personen verhaftet. Nach Angaben des brasilianischen Ministers für Justiz und öffentliche Sicherheit wurden rund 200 Personen festgenommen. Die US Capitol Police zählte in Washington mindestens 14 Verhaftungen.

## HÄRTERE STRAFEN

Außerdem verurteilte Brasiliens Oberster Gerichtshof die Mitglieder des Mobs, der die Regierungsgebäude in Brasília gestürmt hatte, schneller und mit viel härteren Strafen als der Supreme Court die Trump-Anhänger, die 2021 beteiligt waren.

Letztere können in den USA außerdem Berufung gegen ihre Verurteilung einlegen. In Brasilien hingegen hat der Oberste Gerichtshof die Angeklagten verurteilt, und dessen Urteile sind endgültig.

Die unterschiedlichen Reaktionen der amerikanischen und brasilianischen Institutionen sind auf Unterschiede in den politischen und staatlichen Strukturen zurückzuführen. In den USA werden die Wahlen von den Bundesstaaten organisiert. Sie haben unterschiedliche Verfahren, wer wahlberechtigt ist und wie gewählt wird. In Brasilien hingegen ist der gesamte Wahlprozess zentralisiert und wird vom Wahlgericht geregelt, das in der Regel auch darüber entscheidet, welche Kandidat\*innen zur Wahl zugelassen werden. Wer seine Macht missbraucht, ist nach brasilianischem Wahlrecht vorübergehend von der Kandidatur ausgeschlossen – wie im Fall von Bolsonaro.

Das brasilianische Wahlsystem hat auch besser verhindert, dass Bolsonaro und seine Anhängerschaft einen langwierigen Kampf um das Wahlergebnis führen konnten, wie es Trump getan hat. In den USA verlief die Auszählung der Stimmen langsam und verzögerte die Bekanntgabe des Ergebnisses um Tage. Danach dauerte das Verfahren des Wahlgremiums weitere zwei Monate. Außerdem wurden in jedem Bundesstaat Überprüfungen angesetzt. Trump und seine Anhängerschaft hatten also viele Gelegenheiten und genügend Zeit, um die Wahlen anzugreifen. In Brasilien zählte hingegen ein elektronisches Wahlsystem die Stimmen in nur zwei Stunden aus. Noch am selben Abend verkündeten nicht etwa die Fernsehsender den Sieger, sondern er wurde von der zentralen Wahlbehörde bekanntgegeben.

Das brasilianische System ermöglichte es den Behörden außerdem, nach den Wahlen viel aggressiver gegen antidemokratische Fake News vorzugehen. Der Oberste Gerichtshof ordnete Durchsuchungen, Beschlagnahmungen und Verhaftungen an.

Dennoch waren auch in Brasilien die Maßnahmen zur Bekämpfung von Wahlfälschungen nicht frei von Kritik. Den Gerichten wurde vorgeworfen, unverhältnismäßig vorzugehen, etwa gegen Personen, die die Gerichte nur kritisierten. Auch die Strafen für die Mitglieder des Mobs, der die Regierungsgebäude angegriffen hatte, wurden von mehreren Rechtswissenschaftler\*innen als zu hart bezeichnet.

Insgesamt sehen Analysen das politische System Brasiliens als potenziell anfälliger für Missbrauch. Da das brasilianische System zu viel Macht in die Hände der sieben Richter\*innen des Wahlgerichts legt und nicht in die der Wähler und subnationalen Einheiten, ermöglicht es weniger Kontrolle und lokale Aufsicht.

Abschließend ist anzumerken, dass die Konsequenzen aus den antidemokratischen Angriffen in den USA und in Brasilien ebenfalls sehr unterschiedlich ausfallen. In den USA hat ein Teil der Republikanischen Partei unbegründete Wahlbetrugsvorwürfe erhoben. Das hat zur Verabschiedung neuer Wahlgesetze und zur Wahl extremistischer Trump-Anhänger\*innen in die nationalen und bundesstaatlichen Parlamente sowie in die Spitze des Repräsentantenhauses geführt.

In Brasilien hingegen hat sich das konservative politische Establishment weitgehend von den Wahlbetrugsvorwürfen und von Bolsonaro distanziert. Konservative Politiker\*innen und Wähler\*innen scheinen eher zu gemäßigten Kandidat\*innen wie dem Gouverneur von São Paulo, Tarcísio de Freitas, für das Präsidentenamt zu tendieren. Diese Abkehr vom Extremismus könnte die politische Polarisierung in Brasilien verringern und Auseinandersetzungen verfassungskonform halten.



**ANDRÉ DE MELLO E SOUZA** ist Wirtschaftswissenschaftler bei Ipea (Instituto de Pesquisa Econômica Aplicada), einer staatlichen

Denkfabrik in Brasilien.

X/Twitter: @A\_MelloeSouza



Hamas-Terroristen nahmen am 7. Oktober rund 240 Geiseln: Plakat in Jerusalem Ende November.

GAZA-KRIEG

## „Dinge benennen, wie sie sind“

Das Hamas-Pogrom vom 7. Oktober war besonders grausam und scheußlich. Die Terroristen haben sich schwer schuldig gemacht. Viele Israelis denken allerdings auch, ihre eigene rechtspopulistische Regierung trage Verantwortung dafür, dass die Gräueltaten geschehen konnten. Die jüdische Philosophin Susan Neiman erläutert ihre Sicht im E+Z/D+C-Interview.

Susan Neiman im Interview mit Hans Dembowski

### Was war die besondere Qualität der terroristischen Hamas-Attentate vom 7. Oktober 2023?

Sie waren so grausam wie möglich und sollten auch so wahrgenommen werden. Die Täter filmten brutale Verbrechen und dokumentierten sie online. Sie folgten dabei dem Vorbild des ISIS, der bekanntlich Hinrichtungsvideos auf Social-Media-Plattformen postete. Leider müssen wir uns nicht darüber wundern, zu welchen Gräueltaten Menschen fähig sind. Wir müssen aber darüber nachdenken, was sie damit bezwecken. Die Spitzenleute der Hamas sind fanatisch und skrupellos, aber nicht dumm. Sie wussten, dass Israel militärisch hart zurückschlagen

würde. Das, was jetzt passiert, ist ein Geschenk an die Hamas, denn für sie ist jedes tote Kind in Gaza ein Propagandaerfolg, der von ihren eigenen blutrünstigen Attentaten ablenkt.

### Israel muss sich aber doch vor Terrorismus schützen.

Ja, klar, aber wer sagt denn, dass Terrorismus militärisch geschlagen werden kann? Das hat die US-Regierung nach dem 11. September 2001 in Afghanistan und Irak versucht. Der Terror wurde nicht besiegt. Die Hamas will einen möglichst harten, umfassenden und langen Krieg mit vielen zivilen Opfern, weil das maximale Kritik an Israel auslöst und vielleicht auch andere – etwa die Hisbollah oder sogar den Iran – in den Konflikt hineinzieht. Die Hamas ist keine Befreiungsbewegung; sie schert sich nicht um das Wohlergehen ihres Volkes. Sie unterdrückt Frauen, macht Andersdenkende mundtot und opfert ihre eigenen Leute. Ihr kann die Zahl sogenannter „Märtyrer“ gar nicht hoch genug sein, denn sie will nicht Menschen befreien, sondern Israel zerstören.

### Israel wurde gegründet, damit Juden und Jüdinnen nicht mehr schutzlos Pogromen

ausgesetzt sein sollten. Es wurde ein wehrhafter Staat mit dem stärksten Militär der Region. Welche Verantwortung trägt eigentlich die Regierung von Benjamin Netanjahu dafür, dass trotzdem konzertierte Terroranschläge mit mehr als 1200 Toten und etwa 240 Entführten auf israelischem Boden möglich waren?

Dazu könnte ich sehr viel sagen. Wichtige Punkte sind jedenfalls:

- Viele Menschen hatten in den Wochen und Monaten vor den Anschlägen die Teilnahme an Reserveübungen des Militärs verweigert, um gegen die von Netanjahus Regierung konzipierte Justizreform zu protestieren. Diese soll mit kleiner Parlamentsmehrheit das Oberste Gericht schwächen und die Gewaltenteilung in Israel zugunsten der Regierung abschaffen. Tatsächlich war die Protestbewegung so breit und stark, dass Israel kurz vor einem Bürgerkrieg stand.

- Die Hamas griff an einem Samstagmorgen an. Die militärische Mobilisierung war schwierig, weil am Schabbat wegen der Politik orthodoxer Regierungsmitglieder der Verkehr ruhen soll. Als klar war, welche Grausamkeiten sich abspielten, meldeten sich Reservisten und Reservistinnen spontan zurück, mussten aber unvorbereitet in den Einsatz und weitgehend unkoordiniert improvisieren. Netanjahu hatte der Militärspitze im Sommer nicht einmal einen Termin gegeben, als diese ihm sagen wollte, die Auseinandersetzungen über die Justizreform gefährdeten Israels Sicherheit. Er hatte auch dogmatisch lange erklärt, die Hamas sei zu schwach, um Israel zu gefährden.

- Entsprechend hatte seine Regierung drei Bataillone von der Grenze nach Gaza abgezogen, um völkerrechtswidrige israelische Siedlungen im Westjordanland besser zu schützen. Die Abwesenheit dieser Truppen erleichterte der Hamas die Grenzüberschreitung nach Israel.

- Netanjahus Lager spielt seit Langem die Hamas gegen PLO und Autonomiebehörde aus. Er selbst hat gesagt, wer die Zwei-Staaten-Lösung verhindern wolle, brauche die Hamas. Ähnlich hat sich auch Finanzminister Bezalel Smotrich geäußert. Diese Leute haben in der israelischen Politik das Wort Frieden lächerlich gemacht und versprochen, mit militärischer Dominanz auf Dauer Sicherheit zu gewährleisten. Sie haben die Hamas stark werden lassen, um die PLO, die sich auf Friedensverträge eingelassen hatte und die palästinensische Autono-

miebehörde leitete, zu schwächen. Das ähnelte der Politik der USA, die ursprünglich die Taliban unterstützten, um die Kommunisten in Afghanistan zu schwächen. Dieses Konzept ist in Afghanistan gescheitert und – wie zu erwarten war – jetzt auch in Israel.

## Ist Netanjahu deshalb in Israel mittlerweile so unbeliebt, dass ihn in Meinungsumfragen weniger als 20 Prozent unterstützen?

Über einzelne von mir genannte Punkte gibt es große Meinungsverschiedenheiten. Alle Israelis sehen jedoch, dass Netanjahus Sicherheitsversprechen hohl war, und dass er seine Koalition mit Rechtsextremen brauchte, um als Premierminister die Immunität zu haben, die ihn vor Korruptionsverfahren schützt. Israels Justiz ahndet – wie sich das in einem demokratischen Rechtsstaat gehört – Straftaten auch von politischen Spitzenleuten. Der ehemalige Premierminister Ehud Olmert saß wegen Korruption im Gefängnis und der ehemalige Präsident Mosche Katzav wegen Vergewaltigung. Auch aus Angst vor einer Haftstrafe will Netanjahu die Justiz schwächen. Die Entmachtung des Obersten Gerichts entspricht aber vor allem rechtsradikalen Wünschen, denn es hat bislang Minderheiten zwar keine Gleichstellung gesichert, ihre Grundrechte aber in ernst zu nehmendem Maße geschützt. Es hat zum Beispiel kürzlich beschlossen, dass Antikriegsdemonstrationen nicht pauschal verboten werden dürfen, und hat auch manchmal gegen die Enteignung von palästinensischen Menschen entschieden.

## Die großen internationalen Menschenrechtsorganisationen Amnesty International und Human Rights Watch werfen Israel Apartheid vor. Wie sehen Sie das?

Auch die israelische Menschenrechtsorganisation B'Tselem tut das. Dieser Rechtsbegriff besagt, dass in einem Gebiet für verschiedene Bevölkerungsgruppen verschiedene Rechtssysteme gelten. Das ist unbestreitbar die Lebenswirklichkeit im Westjordanland. Israelische Siedler und Siedlerinnen haben dort volle Bürgerrechte, den Schutz der Sicherheitskräfte und Stimmrecht bei den Parlamentswahlen. Für die palästinensische Bevölkerung gilt dagegen Besatzungsrecht. Ihre Bewegungsfreiheit ist stark eingeschränkt, und ihr Land und Leben werden nicht garantiert. Vor den Hamas-Attentaten wurden 2023 bereits 179 von ihnen umgebracht – angeblich aus

Sicherheitsgründen. Seither eskaliert die Siedlergewalt weiter. Viele israelische Initiativen lehnen die Unrechtsverhältnisse im Westjordanland, die sich auch in erschütternder Armut zeigen, ab. Menschen werden aus Dörfern – die manchmal nur aus Plastiktüten hergestellten Zeltlagern gleichen – vertrieben, weil Platz für neue israelische Siedlungen gebraucht wird. Israelische Freunde von mir übernachten mittlerweile regelmäßig dort, um die bedrohten Dorfgemeinschaften zu schützen. Manche Regierungsleute sprechen unbekümmert von einer zweiten großen Vertreibung wie 1948.

wenn die Gewalt anhält, zumal es um Land geht, auf dem eigentlich ein palästinensischer Staat entstehen soll.

## Wie kann es weitergehen?

Das weiß im Moment niemand. Wir erleben eine extreme Krisensituation, in der Menschen auf Menschen reagieren – und sie tun das bekanntlich nicht unbedingt auf rationale Weise. Ich halte es für dringend nötig, davon wegzukommen, die Probleme als Nullsummenspiel zu sehen. Israel und Palästina müssen lernen, miteinander auszukommen. Deshalb hat es keinen Sinn, stän-



Protest in Tel Aviv gegen Schwächung des Obersten Gerichts im Sommer.

## Was halten Sie von dem Begriff Siedlerkolonialismus?

Er passt nicht auf Israel, dessen Geschichte völlig anders ist als die Südafrikas oder Algeriens, wo Weiße mit Unterstützung ihrer imperialen Heimatländer sich in großem Stil Grundbesitz verschafften und die heimische Bevölkerung ausbeuteten. Die jüdische Zuwanderung nach Palästina, die von Europa aus im späten 19. Jahrhundert begann, diente nicht diesem imperialistischen Zweck, sondern war eine Flucht vor Ausgrenzung, Diskriminierung und jederzeit möglicher Gewalt. Mittlerweile stammt die Hälfte der Israelis sogar aus arabischen Ländern, wo sie wegen Repression und gewalttätiger Hetze nicht bleiben konnten. Es ist absurd, jetzt jüdische Israelis als „weiß“ und palästinensische Menschen als „Persons of Colour“ zu definieren, nur weil das zu postkolonialen Hypothesen passt. An der Hautfarbe lassen sie sich nicht unterscheiden. Für die Westbank ließe sich aber vielleicht von Siedlerkolonialismus sprechen,

dig zu fragen, ob etwas nun pro-israelisch oder pro-palästinensisch ist. Nötig ist ein Frieden, der für beide Seiten funktioniert. Polarisierung nutzt nur den Radikalen auf beiden Seiten.

## Damit es Frieden geben kann, braucht die zahlenmäßig starke palästinensische Jugend Chancen und Perspektiven. Reicht dafür ein winziger souveräner Staat? Ich glaube, es wäre von vornherein so etwas wie eine israelisch-palästinensische Freihandelszone nötig, um die bestehende Verflechtung auszubauen und wirtschaftliche Synergien zu nutzen.

Das wäre gut, aber der Weg dahin ist noch sehr weit. Ohne erheblichen internationalen Druck und viel internationales Geld wird es nicht gehen. In Israel muss auch innenpolitisch viel passieren. Der Siedlungsbau muss nicht nur aufhören, es müssen sogar Siedlungen zurückgebaut werden, um überhaupt ausreichend Platz für einen palästinensischen Staat zu schaffen. Dafür muss

aber mehr günstiger Wohnraum in Israel entstehen. Nicht nur Fanatiker wohnen in den Siedlungen, sondern auch Menschen, die wegen des subventionierten Wohnraums dort hingezogen sind. Mit der Förderung der Siedlungen und anderen Maßnahmen haben diverse aufeinander folgende Netanyahu-Regierungen jahrelang getan, was sie konnten, um die Zwei-Staaten-Lösung unmöglich zu machen. Sie haben auch alle Israelis, die Frieden und Ausgleich wollten, als naive Traumtänzer diskreditiert – gerade so, als sei es weise, die gesamte palästinensische Bevölkerung ausschließlich als Sicherheitsrisiko zu behandeln und an permanente militärische Überlegenheit zu glauben.

**Aber ist die palästinensische Autonomiebehörde ein geeigneter Verhandlungspartner?**

**Sie ist wegen Korruption, Ineffizienz und enger Kooperation mit Israel wenig beliebt.**

Positiv ist jedenfalls, dass die große Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung auch die Hamas nicht unterstützt, weil sie Angst vor ihr hat und sie ihr nichts bringt. Die letzte Wahl war 2006, und bei der letzten Umfrage vor dem 7. Oktober sprachen sich nur 27 Prozent für die Hamas aus. Israel braucht einen Friedensprozess, muss also ein geeignetes Gegenüber finden. Stattdessen hat Netanyahu dafür gesorgt, dass es kein kompetentes Gegenüber gibt, indem er öffentlich Hamas unterstützte und die PLO geschwächt hat.

**Deutschland trägt wegen des Völkermords der Nazis eine besondere Verantwortung für Israel. Aber haben wir nicht auch Verantwortung für die besetzten Gebiete?**

Ja, selbstverständlich. Die Lehre aus der Nazizeit ist nicht nur, dass Juden und Jüdinnen einen besonderen Schutzraum brauchen. Sie ist, dass die Menschenrechte für alle gelten müssen. Es ist gut, dass Deutschland Verantwortung für Juden und Jüdinnen übernimmt, aber das Vernichtungsgedenken der Nazis richtete sich auch gegen andere – Sinti und Roma, Menschen mit Behinderungen, Homosexuelle und Andersdenkende. Und der Herrenmischeneideologie zufolge sollten alle slawischen Nationen versklavt werden. Hitlers Krieg forderte Millionen von ihnen das Leben. Die große Frage ist nun aber: Schützt bedingungslose Unterstützung der aktuellen Regierungspolitik Israel überhaupt? Die große Mehrheit der Israelis hält die Sicherheitspo-



litik seit der Abkehr von den Osloer Verträgen jedenfalls für komplett gescheitert.

**Aus deutscher Sicht ist das Existenzrecht Israels unverhandelbar. Ich frage mich aber, wie wir das palästinensischen Jugendlichen erklären können, die nur erlebt haben, dass Israels Regierung keinen palästinensischen Staat zulässt.**

Prozesse von Annäherung und Versöhnung sind schwierig. Dinge müssen so benannt werden, wie sie sind. Wer jüdisches Leid betont, palästinensisches aber nicht wahrnimmt, kann Antisemitismus nicht wirksam entgegenwirken. Die Lebenserfahrung der palästinensischen Jugend spielt selbstverständlich eine Rolle, und einseitige Stellungnahmen für Israel bestätigen gefährliche Ressentiments. Damit sage ich nicht, dass das Existenzrecht Israels verhandelbar wäre. Es muss garantiert werden – zusammen mit einer Garantie, dass Menschenrechte auch für Palästinenser und Palästinenserinnen gelten.

**Wer bestimmt eigentlich, wer oder was antisemitisch ist? Es gibt bizarre Auswüchse. In Italien werfen stramm rechte Regierungskreise dem Kippa-tragenden, jüdischen Theatermann Moni Ovadia Antisemitismus vor. Er kritisiert seit Langem die Besatzungspolitik und sagt nun – ähnlich wie UN-Generalsekretär António Guterres, aber noch deutlicher –, die Hamas-Morde hätten nicht in einem Vakuum stattgefunden, sondern in einem Kontext der Unterdrückung. Ich kenne solche Übergriffe auch aus Deutschland. Wer entscheidet, was antise-**

mitisch ist – auch wenn es von Juden und Jüdinnen kommt? Vor einem Jahr hatten wir den Fall der Aussetzung des preisgekrönten Theaterstücks „Vögel“, weil einige jüdische Studierende empfunden hatten, das Stück sei antisemitisch. Das Stück wurde von einem libanesisch-kanadischen Autor geschrieben, in engster Zusammenarbeit mit der großen jüdischen Historikerin Natalie Zemon Davis. Mit 94 Jahren – vor Kurzem ist sie leider gestorben – hat sie dann einen Leitartikel geschrieben, in dem sie darlegte, warum das Stück alles anders als antisemitisch ist. Im Grunde genommen war es ein Update von „Nathan der Weise“. Daraufhin hat die Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS), der sogenannte Antisemitismus-Watchdog, sie als Unterstützerin der Boycott-Divestment-Sanctions (BDS) bezeichnet, obwohl sie nie etwas damit zu tun hatte. Da überlegte sie, Klage zu erheben, war aber schon von Krankheit gezeichnet.

**In Deutschland wird tendenziell jede Kritik an Israel mit böartigem Antisemitismus gleichgesetzt. Wie sehen Sie das?**

Zur demokratischen Kultur gehört, dass Regierungshandeln grundsätzlich kritisiert werden darf. Die deutsche Öffentlichkeit weiß auch, dass Kritik an Donald Trump während seiner Präsidentschaft nicht einfach Ausdruck von Antiamerikanismus war. Sie unterstellt auch denen, die sich gegen rechtspopulistische Staats- und Regierungschefs wie Recep Tayyip Erdogan in der Türkei oder Narendra Modi in Indien äußern, keinen Hass auf deren Länder oder deren Glauben. Es gibt keinen Grund, Israels Regierungschef anders zu behandeln, obwohl auch er jede Kritik an sich selbst als Missachtung seines Volkes abzutun versucht. Ich würde mir wünschen, dass die deutsche Politik sich in den Beziehungen zu Israel von Fakten und Wissenschaft leiten ließe und weniger von Schuldkomplexen.



**SUSAN NEIMAN**  
ist Philosophin und Direktorin des Einstein Forums in Potsdam. Vorher war sie Philosophieprofessorin an der Yale University und der Tel Aviv University. Sie hat die Staatsbürgerschaft Deutschlands, Israels und der USA.  
[www.einsteinforum.de](http://www.einsteinforum.de)

WAHLEN

# Ein kritisches Moment

**Die schon mehrfach vertagten nationalen Wahlen in Pakistan sind nun für Februar 2024 angesetzt. Die Verzögerungen haben die politischen Spannungen in dem Land verschärft, das seit Absetzung der Regierung Imran Khan durch ein Misstrauensvotum Anfang 2022 ohnehin viel Unsicherheit erlebt.**

Von Marva Khan

Die pakistanische Wahlkommission erklärte jüngst, dass die nationalen Wahlen für den 8. Februar 2024 angesetzt sind. Angesichts der wichtigen Rolle von Wahlen für politische Stabilität wird davon ausgegangen, dass damit eine längere Periode der Ungewissheit endet – obwohl das Land diverse, sich überschneidende Krisen durchstehen muss.

Der Weg zu dieser Entscheidung war nicht leicht. Zweimal wurden die Wahltermine geändert. Die Wahlkommission erklärte das damit, dass mehr Vorbereitungszeit benötigt werde, unter anderem für die Neueinteilung der Wahlbezirke, um die letzte Volkszählung zu berücksichtigen. Politische Analysen und Aktivist\*innen mahnten regelmäßig, dass die Verzögerungen die politische Stabilität des Landes gefährden.

Seit Auflösung des Parlaments am 9. August 2023 amtiert eine Übergangsregierung unter Premierminister Anwaar-ul-Haq Kakar. Wenn die Legislaturperiode nach fünfjähriger Amtszeit endet, schreibt die Verfassung im Idealfall die Auflösung der National- und der Provinzversammlung vor, sowie die Ernennung von kommissarischem Premier, Provinzminister\*innen und Kabinetten. Die verfassungsmäßige Amtszeit einer Übergangsregierung beträgt jedoch höchstens 90 Tage – in Provinzen wie Punjab und Khyber Pakhtunkhwa gibt es eine solche allerdings bereits seit Januar 2023, was die vorherrschende Unsicherheit verstärkt. Viele befürchten, dass eine unbefristete Fortsetzung der Übergangsregierung vom Militär gewollt ist. Frühere Regierungen standen als verfassungsmäßige Vertreter des militärischen Establishments unter heftiger Kritik.

Trotz seiner schwierigen Geschichte hat Pakistan ein Mehrparteiensystem, in dem es keine Obergrenze für die Anzahl der Parteien gibt, sofern diese bei der Wahlkommission registriert sind. Zwischen 2008 und 2018 kehrte eine parlamentarische Regierungsform mit zunehmender Autonomie der Provinzen zurück. In dieser Zeit gab es zwei reibungslose Machtwechsel durch demokratische Wahlen – ein Novum in der 71-jährigen Geschichte des Landes. Auch gab es große Fortschritte bei der Weiterentwicklung von auf Grundrechten basierenden Gesetzen, mit Fokus auf geschlechtsspezifische Initiativen. In der Bevölkerung kamen Optimismus und der Glauben auf, Pakistan sei auf dem Weg zu einer funktionierenden Demokratie.

## DIE ROLLE DES MILITÄRS

Als es bei den Parlamentswahlen 2018 – die Imran Khan an die Macht brachten – Vorwürfe der Wahlmanipulation und politischen Einflussnahme gab, kamen jedoch Bedenken bezüglich der Rolle des Militärs

auf. Khans Amtszeit wurde zu einem „Hybridregime“ und der Einfluss des Militärs über die Sicherheits- und Außenpolitik hinaus auf Wirtschaft, Medien und Katastrophenmanagement ausgeweitet.

Khan überwarf sich jedoch mit dem pakistanischen Militär und wurde im April 2022 nach einem Misstrauensvotum aus dem Amt des Premiers verdrängt – auch weil die Öffentlichkeit mit seinem wirtschaftlichen Missmanagement unzufrieden war.

Kein pakistanischer Premierminister absolvierte je eine volle fünfjährige Amtszeit, und nur drei der 23 Premierminister, einschließlich Khan, hielten vier Jahre durch. Trotzdem war Khans Absetzung einzigartig in der Geschichte Pakistans, da er der erste Premier war, der durch ein verfassungsmäßiges Verfahren abgesetzt wurde.

Daraufhin übernahm Shehbaz Sharif für ein Jahr die Macht und führte ein als Hybrid-2 bezeichnetes Regime, charakterisiert durch den öffentlichen Aufschrei über die Einschränkung der Grundrechte und eine verstärkte Kontrolle durch den Geheimdienst Inter-Services Intelligence Agency. Shehbaz Sharif ist der jüngere Bruder des früheren dreimaligen Premierministers Nawaz Sharif, der in diesem Jahr nach einem vier Jahre dauernden, selbst auferlegten Exil mit dem Ziel eines politischen Comebacks nach Pakistan zurückgekehrt ist.



Anhänger des ehemaligen Premierministers Imran Khan bei einer Kundgebung im Mai 2023.

Die anhaltende Wirtschaftskrise, eine der schlimmsten in der Geschichte Pakistans, hat zu einem sprunghaften Anstieg der Inflation geführt, die im April 2023 mit 36,4% die höchste Rate in Südasien erreichte. Sie wird in erster Linie durch die eskalierenden Lebensmittelpreise verursacht. Die Regierung Sharif konnte einen Zahlungsausfall zwar abwenden, aber nicht die Wirtschaft stabilisieren.

Derweil warb Khan aktiv für vorgezogene Wahlen. Seine fortdauernde Beliebtheit ist eine Herausforderung für das Militär, da sie ihm bei den Parlamentswahlen zum Sieg verhelfen könnte. Laut Khans Tehreek-e-Insaf-Partei löste die Sharif-Regierung das Parlament kurz vor Ablauf der fünfjährigen Amtszeit auf, um Wahlen zu vermeiden, die Khan wieder ins Amt bringen könnten, und setzte eine Übergangsregierung ein, die die Wahlen verschob. Fast zeitgleich wurde Khan wegen Korruptionsvorwürfen inhaftiert und aus der Politik verbannt.



## SICHERHEITSKRISE

Inmitten politischer und wirtschaftlicher Krisen ist ein allgemeiner Rückgang von Recht und Ordnung zu verzeichnen. 2023 nahmen Gewaltakte deutlich zu. Laut dem Pakistan Institute for Conflict and Security Studies gab es im August 2023 mit 99 Angriffen die meisten militanten Vorfälle seit November 2014. Die meisten Gewalttaten stehen in Zusammenhang mit den Aktivitäten der Tehreek-e Taliban Pakistan (TTP), einer

verbotenen, ideologisch mit den afghanischen Taliban verbundenen Gruppe.

Die pakistanischen Behörden schreiben viele der Anschläge – so auch 14 der 24 Selbstmordattentate in diesem Jahr – afghanischen Staatsbürger\*innen zu. Das führte zu einer landesweiten Abschiebeaktion gegen rund 1,7 Millionen afghanische Geflüchtete ohne Papiere.

Da die Nation mit Krisen an mehreren Fronten zu kämpfen hat, sind die bevorstehenden Wahlen im Jahr 2024 ein entscheidender Moment in der Geschichte Pakistans, um den Weg in eine stabile politische Zukunft zu ebnen.



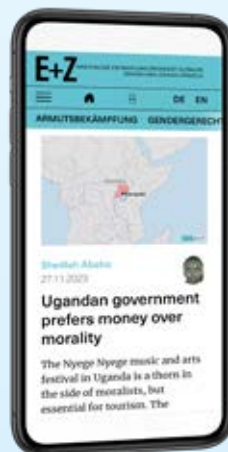
**MARVA KHAN**

ist Assistenzprofessorin für Recht an der LUMS (Lahore University of Management Sciences) und Mitbegründerin

des Pakistani Feminist Judgments Project.

[marva.khan@lums.edu.pk](mailto:marva.khan@lums.edu.pk)

# Unsere Website hat ein neues Design und ist für mobile Nutzung optimiert. [www.dandc.eu](http://www.dandc.eu)





Protest gegen Sozialabbau in Colombo im August.

SCHULDENKRISE

# „Ohne Schuldenerlass geht es weiter bergab“

Seit der Staatspleite von vorigem Jahr haben sich Armut und Repression in Sri Lanka verschlimmert. Ahilan Kadirgamar von der Universität Jaffna schätzt die Lage ein.

Ahilan Kadirgamar wurde interviewt von Hans Dembowski

Im April 2022 wurde Ihre Regierung zahlungsunfähig. Wie geht es der Wirtschaft jetzt?

Die Lage ist bitter. Voriges Jahr schrumpfte die Wirtschaftsleistung Sri Lankas um 7,8 Prozent, und sie geht weiter zurück. An die 500 000 formale Arbeitsplätze gingen verloren. In der Bauwirtschaft wurde eine weitere Million informeller Jobs gestrichen. Die Lebenshaltungskosten sind um über 70 Prozent gestiegen. Laut Weltbank hat sich die Armutsquote 2022 auf 25 Prozent verdoppelt. Das UNDP schätzt, mehr als die Hälfte der Bevölkerung leide nun unter

multidimensionaler Armut, die auch Dinge wie Kindersterblichkeit, Ernährung, Schulbesuch und Konsumgewohnheiten erfasst.

Hilft das Rettungspaket nicht, das Ihre Regierung mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) ausgehandelt hat?

Das Problem ist die Sparpolitik, die unsere Regierung durchsetzt, um dessen Bedingungen zu erfüllen. Sozialausgaben wurden gekürzt, einschließlich Subventionen für Grundbedarfsgüter. Der Wechselkurs der Rupie ist abgestürzt, und der Dollar kostet jetzt 360 Rupien statt vorher 200. Die Treibstoffpreise haben sich verdreifacht. Die Zentralbank steigerte den Leitzins von sechs auf 16 Prozent. Derzeit liegt er bei elf Prozent, aber gewerbliche Darlehen kosten bis zu 30 Prozent Zinsen, was kreditfinanzierte Investitionen unrentabel macht. Die Sparpolitik verschärft die Probleme, die vorher von der Corona-Pandemie, dem Rückgang der

Migrantenüberweisungen und den steigenden Nahrungs- und Energiepreisen infolge des russischen Angriffs auf die Ukraine verursacht wurden.

**Bitte skizzieren Sie die politische Situation.** Die Regierung agiert zunehmend repressiv. Sie schränkt mit neuen Gesetzen bürgerliche Freiheiten ein. Dabei geht es um ein neues Antiterrorgesetz, ein neues Online-sicherheitsgesetz und ein neues Rundfunkgesetz. Öffentliche Regierungskritik wird eingeschränkt. Kommunalwahlen wurden verschoben, weil sie angeblich zu teuer gewesen wären. Nächstes Jahr stehen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen an. Werden sie stattfinden? Wir wissen es nicht.

Voriges Jahr stürzte eine breite Oppositionsbewegung die Regierung des rechtspopulistischen Präsidenten Gotabaya Rajapaksa. Ist der demokratische Schwung verloren gegangen?

Anfänglich weckten die Proteste tatsächlich Hoffnungen, aber das Ergebnis ist nun eine schwächere, nicht eine stärkere Demokratie. Laut unserer Verfassung wählt das Volk sowohl Staatschef als auch Parlament. Nach der Flucht Gotabayas bestimmte das Parlament, das dessen Anhänger weiterhin dominieren, Ranil Wickremesinghe zum neuen Präsidenten. Er ist der Rajapaksa-Oligarchie verbunden. Wie Sie wissen, ist Gotabayas Bruder Mahinda selbst ein ehemaliger Präsident und gehörte zusammen mit anderen Brüdern zu Gotabayas Kabinett.

Die Schulden, die Ihr Land erdrücken, wurden grobenteils unter Mahinda aufgehäuft. Ist Korruption das Grundproblem?

Korruption ist wichtig, wird aber oft überbewertet. Wir erleben jetzt Sri Lankas 17. IWF-Paket. Die Zahl selbst zeigt, dass wir nie auf einem nachhaltigen Wachstumspfad waren. IWF-Konzepte haben Sri Lankas Probleme nicht gelöst, sondern verschärft. Im Lauf der Jahrzehnte wurde unser Sozialstaat geschwächt. Im Zuge von Liberalisierungen wurden Staatsmittel für Bildung und Gesundheitswesen gestrichen, sodass die entsprechenden Kosten für die Menschen stiegen. Universitäten ohne Studiengebühren sind nun bedroht, und auch unser allgemein zugängliches Gesundheitswesen wird angegriffen. Für die Leute wird das Leben prekärer. Andererseits hat marktorthodoxe Politik spekulative Investitionen ermög-

licht, sodass gelegentliche Wachstumsschübe immer wieder zu neuen Auslandskrediten führten, die der Staat, aber auch private Firmen aufnahmen. Das Muster ist, dass wir, wenn die Schuldenlast zu groß wird, voraussichtlich wieder eine Staatspleite bekommen und dann das nächste IWF-Programm zu noch stärkerer Marktorthodoxie führt.

**In vielen aktuellen Schuldenkrisen weltweit sind Darlehen von privaten Kreditgebern wichtiger als früher. Außerdem hat China riesige Darlehen vergeben. Multilaterale Banken und westliche Regierungen jedenfalls sind nicht mehr die Hauptakteure. Westliche Regierungen wollen, dass alle Parteien in die Art von Schuldenrestrukturierung involviert werden, die Sri Lanka offensichtlich braucht. Sehen Sie dahingehend Fortschritt?**

Wir bekommen nur recht vage Informationen. Die Regierung sagt, sie komme in Gesprächen sowohl mit China als auch mit ausländischen Privatfinanziers voran. Was China angeht, erfahren wir ein bisschen mehr, was nahelegt, dass die anderen Verhandlungen vermutlich noch zäher verlaufen. Indien ist übrigens auch wichtig. Es hat die Wickremesinghe-Regierung mit frischen Krediten versorgt und will offen-

**„IWF-Konzepte haben Sri Lankas Probleme nicht gelöst, sondern verschärft. Im Lauf der Jahrzehnte wurde unser Sozialstaat geschwächt.“**

sichtlich Chinas Einfluss eindämmen. Es sähe auch gern, dass indische Investoren Infrastruktur in Sri Lanka kaufen, wenn Einrichtungen wie etwa der Hafen von Colombo privatisiert werden. Geostrategische Kalküle sind wichtig.

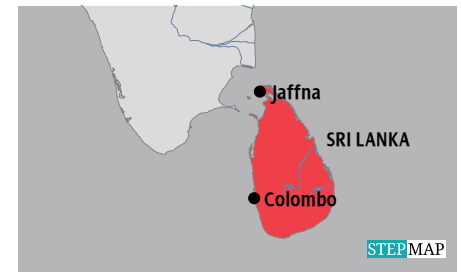
**Westlichen Regierungen scheinen besonders Wert darauf zu legen, dass China und die Privatwirtschaft bei Umschuldungen mitmachen. China ist ein schwieriger Partner. Im Fall Sambias ließ es sich nur auf eine begrenzte Umschuldung ein und bestand darauf, dass die Zahlungen sofort wieder beginnen müssen, sobald die Wirtschaft sich ausreichend erholt hat. Das macht die Zukunftsaussichten düsterer, als**

**sie bei einem Neustart mit deutlich reduzierter Schuldenlast gewesen wären.**

Sri Lanka hat ebenfalls Probleme mit China. Bislang gibt es keine Selbstverpflichtung Pekings zur Umschuldung. Wir sind ein Land mit mittleren Durchschnittseinkommen, aber das G20 Common Framework for Debt Treatments, das China unterstützt, gilt nur für Länder mit niedrigen Einkommen. Ohne Schuldenerlass geht es mit Sri Lankas Wirtschaft aber nicht weiter. Der IWF beschleunigt dabei die Abwärtsspirale. Er will nächstes Jahr einen primären Haushaltsüberschuss sehen, der dann 2025 auf 2,3 Prozent steigen soll. Das ist brutal. Letztes Jahr hatten wir ein Primärdefizit von 3,7 Prozent.

**Eine Staatspleite bedeutet beschädigte Souveränität. Ich frage mich, wie demokratische Selbstbestimmung eigentlich in Ländern funktionieren soll, die unbezahlbare Schulden einer früheren Regierung lähmen.** Hilfreich wäre ein internationales Regelwerk für Staatsinsolvenzen. Alle Länder haben rechtliche Bestimmungen, die dafür sorgen, dass Pleiten von Privatunternehmen nur begrenzten wirtschaftlichen Schaden anrichten. So etwas brauchen wir auch für Staatspleiten. Ein klares Regelwerk würde einen Neuanfang ermöglichen und Raum für neue demokratisch legitime Politik schaffen. Stattdessen müssen Regierungen hochverschuldeter Länder mit dem IWF Rettungspakete aushandeln, wobei die demokratische Öffentlichkeit außen vor bleibt. Tatsächlich schonen IWF-Konditionen Sri Lankas Oligarchie, belasten aber benachteiligte Menschen. Eine Vermögenssteuer wäre beispielsweise sinnvoll, weil sie die Staatskassen stärken, aber nur die reichsten Familien belasten würde. Sie soll 2025 auch kommen, aber Verbrauchssteuern, die Leuten mit niedrigen Einkommen wehtun, wurden sofort erhöht. Laut IWF ist die Vermögenssteuer schwer zu verwalten und lässt sich deshalb nicht schneller einführen. Solche Sorgen werden aber nicht geäußert, wenn Sparpolitik massenhaft Arme trifft.

**Die deutsche Bundesregierung hat sich für ein Staatsinsolvenzverfahren ausgesprochen. Vermutlich wünschen Sie sich von ihr, dass sie sich mit mehr Vehemenz dafür einsetzt. Was sollte die Bundesregierung Ihrer Meinung nach noch tun?**



Ich hätte eine ganze Reihe von Wünschen. Nach China, Japan und Indien ist Ihr Land mit gewissem Abstand der viertwichtigste bilaterale Kreditgeber Sri Lankas. Zusammen mit Japan haben Sie nennenswerten Einfluss im Pariser Club der westlichen Geberländer. Dieselben Länder dominieren auch den IWF. Ihre Regierung sollte die vorherrschende, aber fehlgeschlagene Marktorthodoxie infrage stellen. Sie könnte auch ihren Einfluss dafür nutzen, dass der IWF weniger strenge, aber sinnvollere Konditionen stellt.

**Sind manche Konditionen kontraproduktiv?** Ja. Unser aktuelles Paket fordert absurderweise, dass heimische Kreditgeber Schulden streichen. Sie haben aber Rupien-Anleihen gekauft, die eigentlich unwichtig sind. Kredite in ausländischen Währungen werden zu Fesseln, wenn die Dinge außer Kontrolle geraten und der Wechselkurs der Rupie abstürzt. Internationale Privatfinanziers fordern aber solch eine Belastung heimischer Anleger. So wie es umgesetzt wird, ist weiteres Leid in der Zukunft programmiert. Die Zentralbank entschied sich dagegen, Banken zu Schuldenstreichungen zu zwingen, weil das zum Ansturm auf einzelne Finanzhäuser und sogar zum Kollaps des Finanzsystems hätte führen können. Stattdessen strich die Zentralbank Staatsanleihen, welche die privaten Pensionsfonds hielten, die für formal Beschäftigte die Altersversorgung sicherstellen. Also werden Rentner\*innen künftig ärmer sein. Pikant ist dabei, dass die Zentralbank eigentlich die Hüterin der Pensionsfonds ist. Um IWF-Forderungen zu erfüllen, hat sie ihre Pflichten zur Sicherung der Altersversorgung vernachlässigt.



**AHILAN KADIRGAMAR** ist Soziologe und Senior Lecturer der Universität Jaffna. [ahilank@univ.jfn.ac.lk](mailto:ahilank@univ.jfn.ac.lk)



GLOBAL GOVERNANCE

# Zielgerichtete Zusammenarbeit

**Ländern mit niedrigem Einkommensniveau könnte es nützen, wenn China und westliche Demokratien Wege fänden, in ihrem Interesse zu kooperieren. Ob dies zulasten der weltweiten Demokratieförderung geht, ist Gegenstand der wissenschaftlichen Debatte.**

Von Isah Shafiq

China hat im Rahmen seiner neuen Seidenstraße (Belt and Road Initiative – BRI) im vergangenen Jahrzehnt zahlreiche aufwendige Infrastrukturprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländern finanziert und auch selbst errichtet. Die Volksrepublik sorgt so für zusätzlichen Wettbewerb auf dem „globalen Markt für Entwicklung“ und verbessere die Verhandlungsposition der Empfängerländer, meint Pascal Abb von der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung (Peace Research Institute Frankfurt – PRIF). Aus westlicher Perspektive ist laut Abb jedoch zu befürchten, dass Chinas Engagement Demokratieförderung untergräbt. Im Gegensatz zur westlichen Entwicklungspolitik verzichte Peking nämlich auf Forderungen nach guter Regierungsführung, wozu auch die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards gehörten.

Versucht China aktiv, demokratische Strukturen in Partnerländern zu unterhöhlen? Dafür fehle es an empirischen Beweisen, so die Einschätzung von Fachleuten verschiedener Disziplinen auf einer PRIF-Fachtagung im Oktober in Frankfurt am Main. BRI-Kredite haben zwar in Entwicklungsländern zu aktuellen Überschuldungsproblemen beigetragen, und China zeigt sich zu Umstrukturierungen kaum bereit. Dennoch lehnten Teilnehmende an der Konferenz den verbreiteten Vorwurf, China habe Schuldenfallen aufgestellt, ab – auch dafür mangle es an Beweisen.

Auf der anderen Seite steht der Vorwurf gegen westliche Regierungen im Raum, ihre Ideale allzu schnell über Bord zu werfen, wenn sie es realpolitisch oder geostrategisch als nötig erachten. So würden Kooperationen mit Autokratien „depo-

litisiert“, wenn sie in kritischen Bereichen wie Sicherheit oder Energie stattfinden, sagt Hannes Warnecke-Berger vom Fachgebiet Internationale und intergesellschaftliche Beziehungen der Universität Kassel. Forderungen nach Demokratie und Menschenrechten würden zurückgestellt, um die Beziehungen zu autokratisch regierten Ländern nicht zu verschlechtern.

Die Diskrepanz zwischen Rhetorik und tatsächlichem Handeln in der westlichen Politik beschäftigt auch Richard Youngs vom Thinktank Carnegie Europe. Er bemerkt, dass EU-Spitzenpolitiker\*innen zwar gern vom Konflikt zwischen Demokratien und Autokratien sprächen. Tatsächlich mache aber die Zusammenarbeit mit nicht-demokratischen Regimen seit Jahren einen Großteil der Kooperationen der EU aus, etwa in den Bereichen Entwicklungshilfe, Energie, Klima, Sicherheit und Migration.

Wie Youngs betont, sind Autokratien heute weniger auf Kooperation mit Demokratien angewiesen als noch vor wenigen Jahren. Entsprechend würden sie noch zurückhaltender auf Forderungen nach Demokratie reagieren. Demokratieförderung richte sich deshalb vermehrt auf Graswurzelbewegungen aus und fördere, sofern möglich, demokratische Gruppen innerhalb autoritär geführter Staaten. Allerdings er-

führen viele dieser prodemokratischen zivilgesellschaftlichen Organisationen nicht viel Unterstützung in der Bevölkerung.

Auf der PRIF-Tagung diskutierten die Teilnehmenden auch über das Risiko, dass Entwicklungsländer unter dem Systemkampf zwischen dem Westen und China leiden könnten. Laut der Sinologin Marina Rudyak von der Universität Heidelberg geht es hiesigen Politiker\*innen manchmal mehr darum, „unser China-Problem zu lösen“, als gemeinsame Entwicklungsaufgaben anzugehen. Stattdessen müssten sie Wege finden, im Interesse benachteiligter Länder pragmatisch zusammenzuarbeiten.

Rudyak zufolge werden China und westliche Staaten im globalen Süden ohnehin nicht als Systemkonkurrenten wahrgenommen. Beide Seiten böten unterschiedliche Dinge an. Während China sich eher auf harte Infrastruktur wie Straßen oder Häfen fokussiere, sei der Westen vor allem für den Aufbau sozialer Infrastruktur, zum Beispiel Krankenhäuser, attraktiv. Beides werde gleichermaßen benötigt.

**LINK**

**PRIF-Jahreskonferenz 2023:**

<https://www.prif.org/veranstaltungen/jahreskonferenz/jahreskonferenz-2023>



**ISAH SHAFIQ**

studiert Politikwissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt. Er hat diesen Text im Rahmen seines

Praktikums bei E+Z/D+C verfasst. [euz.editor@dandc.eu](mailto:euz.editor@dandc.eu)



**Inspektion eines Zuges der Bahnstrecke Mombasa-Nairobi, einem von China finanzierten Vorzeigeprojekt.**

Investitionen in ländliche Gegenden sind dringend nötig.

Seite 6



Foto: picture-alliance/ZUMA/PRESS.com/Allison Dimer